

MANFRED OVERESCH
HERMANN BRILL UND DIE NEUANFÄNGE DEUTSCHER POLITIK
IN THÜRINGEN 1945

„Ich bedauere, daß uns die von den Sowjets inaugurierte Politik von 1945 nicht die Zeit gelassen hat, Legenden zu zerstören, Herostraten zu beseitigen, Fehler einzusehen, Verantwortlichkeit festzustellen, Schuldige zu bestrafen und für uns selbst ein neues Geschichtsbewußtsein zu schaffen, ohne das eine neue Politik nicht möglich ist.“ Mit diesen Worten beschrieb Hermann Louis Brill im Frühsommer 1950 in einem Brief an den damaligen Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, das Dilemma der deutschen Geschichte nach 1945, so wie er es sah¹. Brill konnte dabei mit einer gewissen Autorität sprechen, denn er hat 1945 in direkter Zusammenarbeit und Konfrontation mit Amerikanern und Russen, mit deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten von Thüringen aus einen neuen Anfang genuin deutscher Politik zu setzen versucht. Er ist erster Regierungspräsident dieses Landes nach dem Zweiten Weltkrieg geworden und einer der geistigen Väter und formaler Initiator jenes „Bundes demokratischer Sozialisten“ (BdS), der, in Widerstandsgruppen seit 1933 theoretisch-programmatisch vorbereitet, am 8. Juli 1945 in Weimar gegründet wurde und eine der Zellen geistiger und politischer Erneuerung Deutschlands sein wollte. „Gegenwartsforderung“ der durch den BdS vertretenen Politik sollte ein demokratischer Sozialismus sein². Freunde haben Brill als „politischen Held“ gefeiert, Gegner ihn mit der gleichen Stärke bekämpft³.

¹ Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (im folgenden: AsD), NL Schumacher Q 21: Brill an Schumacher, 12. 6. 1950.

² Rede Brills vor dem BdS am 8. 7. 1945, AsD, NL Brill 1. Brill führte zur Begriffsbestimmung dessen, was er unter demokratischem Sozialismus verstand, u. a. aus: „Nicht die Demokratie nach ihrer sozialen Seite steht mir im Vordergrund, sondern der Sozialismus in der demokratischen Form seiner Erscheinung.“ In einer Vortragsveranstaltung schlug er 1947 – zusammen mit K. P. Schulz – vor, ein jetzt zu schreibendes Sozialistisches Manifest nicht beginnen zu lassen: „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus“, sondern: „Eine Hoffnung geht um die Welt, die Hoffnung des demokratischen Sozialismus“, in: Das Sozialistische Jahrhundert (im folgenden: Soz. Jhh.) 2 (1947), S. 41.

³ Ernst Thape, der Brill als persönlicher und politischer Freund lange Jahre nahestand, urteilte 1967 über ihn: „Gelänge es, dieses übervolle Leben zu beschreiben, dann käme eine Geschichte Mitteleuropas vom Sozialistengesetz bis zur heutigen Berlinkrise zustande.“ E. Thape, Lebensweg eines Sozialdemokraten, AsD, NL Thape, S. 262. Hier (S. 259) auch der Hinweis, daß Brill „oft wie ein Don Quichotte“ wirkte. Adolf Arndt sagte am Sarge Brills 1959 beziehungsreich: „Du machtest es deinen Freunden nicht leicht, aber du machtest es auch dir nicht leicht“ (zit. ebenda, S. 259). Gegenpositionen nahmen 1945 besonders Heinrich Hoffmann und Werner Eggerath ein, vgl. AsD, NL Brill 1. In der Rückschau läßt Eggerath noch verhalten Bewunderung durchblicken: „... dieser Dr. Brill... das war zweifellos eine harte Nuß“, W. Eggerath, Die frühe Beichte. Ein Jahr meines Lebens (1945/46), Berlin (Ost) 1975, S. 174.

Brill ist 1945 in Thüringen als Landes- und Parteipolitiker gescheitert. Das lag nicht an einer minderen Qualität seiner Zielvorstellungen, sondern an machtpolitischen Realitäten, fortlaufend antagonistischer werdenden Ideologien und auch persönlichen Unzulänglichkeiten. Die Amerikaner holten ihn – seit August 1945 vorübergehend, wenige Monate später dauerhaft – in ihre Manpower Division nach Berlin und wünschten sich ihn als einen der fünf im Potsdamer Abkommen vorgesehenen deutschen Staatssekretäre. Als die Einrichtung der zentralen deutschen Verwaltungsabteilungen auf Grund der französischen Widerstände zunehmend unwahrscheinlicher wurde, ging Brill im Frühsommer 1946 in den Westen Deutschlands. Unter mehreren Angeboten nahm er das eines Staatssekretärs in der Wiesbadener Staatskanzlei an. Aus dieser Position heraus beeinflusste er sehr wesentlich den politischen und verwaltungstechnischen Aufbau des Landes Hessen und die Anfänge der Diskussion über eine (west-) deutsche Verfassung. Noch und gerade auf dem Verfassungskonvent von Herrenchiemsee hat Hermann Brill im August 1948 eine zentrale Rolle gespielt. Danach trat er – nicht freiwillig, aber auch nicht ganz ohne eigene Schuld – aus der ersten Reihe der Männer des deutschen Neuaufbaus zurück, blieb aber in vielen politischen (europäische Einigungsbewegung), wissenschaftlichen (Wiedereinführung der Wissenschaft von der Politik in Deutschland) und verwaltungsorganisatorischen Fragen (Hessen) wirkungsvoll präsent.

Die Forschung hat bisher von seiner politischen Vita kaum Kenntnis genommen⁴. Dies soll hier in einem ersten Aufriß⁵ nachgeholt werden. Dabei wird mit Bedacht jene Phase aus dem Leben Brills stärker akzentuiert, welche in

⁴ In der westdeutschen Forschung findet Brill zwar eine immer häufigere, aber noch peripher bleibende Erwähnung, z. B. bei B. W. Bouvier, Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbstständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: *Archiv für Sozialgesch.* XVI (1976), S. 417 ff. Eine erste Skizze seiner politischen Ideen nach 1945 versucht F. Moraw, *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie*, Bonn 1973, S. 65 ff. Tief eindringende Studien zur Rolle Brills im Widerstand hatte E. Marschall (†) getrieben, *Bundesarchiv Koblenz* (im folgenden: BA), NL Brill Appendix. In den von E.-U. Huster u. a. hrsg. *Determinanten der westdeutschen Restauration, 1945–1949*, Frankfurt 1975, wird Brill nicht erwähnt, obwohl dies wegen des ideologischen Ansatzes der Autoren zu vermuten wäre. Der Geschichtswissenschaft in der DDR bereitet die Beurteilung der politischen Rolle Brills Schwierigkeiten, vgl. M. Weißbecker, *Die Kommunistische Partei Deutschlands im Kampf gegen die faschistische Diktatur in Thüringen 1933–1935*, Diss. Jena 1962; J. Fuchs, *Die Besatzungspolitik der USA in Thüringen von April bis Juli 1945*, Diss. Leipzig 1966; W. Mägdefrau/V. Wahl, *Zur Politik und Ideologie des rechten sozialdemokratischen Führers Dr. Hermann L. Brill*, in: *Jahrb. für Regionalgesch.* 5, Weimar 1975, S. 191 ff.; J. Streisand, *Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung*, Köln 1976, verzichtet auf eine Darstellung der für Thüringen im Frühsommer 1945 bedeutenden Leistungen Brills und beginnt mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD v. 10. 6. 1945.

⁵ Vgl. demnächst M. Overesch, *Demokratie im Sozialismus. Hermann L. Brill und das Dilemma einer linken sozialdemokratischen Position in Deutschland 1918–1959*.

einem dramatischen Augenblick deutscher Geschichte die größte Verdichtung der theoretischen und praktischen Ansätze des Politikers Hermann L. Brill bietet, das Jahr 1945 in Thüringen. Hat schon die historische Kenntnisnahme einen Wert an sich, so bietet darüber hinaus das Beispiel Brills heute, 30 Jahre nach der Teilung Deutschlands, der Suche nach einer möglicherweise gemeinsamen und nicht nach Ost und West getrennten deutschen Identität Orientierungshilfen.

Als Brill am 26. April 1945 zum Berater der amerikanischen Militärregierung in Weimar ernannt, am 7. Mai vorläufig und am 9. Juni 1945 endgültig erster Regierungspräsident Thüringens wurde, war er für diese Tätigkeit ausgesprochen prädestiniert. Brill brachte Erfahrungen in der Verwaltung politischer Behörden mit, war als langjähriger Abgeordneter des Weimarer Landtags und zeitweiliger Staatsrat in der Regierung Frölich – gerade 1921/23 – mit den Verhältnissen in Thüringen vertraut und stand, was 1945 in diesem mitteldeutschen Raum besonders ins Gewicht fallen konnte, als früheres Mitglied der USPD zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. Darüber hinaus besaß er durch seine aktive Widerstandstätigkeit seit 1933, die mit seiner Verhaftung durch die Gestapo am 21. September 1938 und der Verurteilung durch den Volksgerichtshof am 28. Juli 1939 keineswegs endete, sondern ihre Fortsetzung im Zuchthaus Brandenburg-Görden und danach besonders im Konzentrationslager Buchenwald fand, den Rang eines in hervorragender Weise legitimierten deutschen Nachkriegspolitikers.

Diese zentralen Erfahrungsbereiche, die Brills Denken und Handeln in der Nachkriegszeit wesentlich vorgeprägt haben, sollen hier wenigstens gestreift werden, wenngleich erst die intensive Erforschung des Wechselverhältnisses von äußeren Eindrücken, ihrer geistigen Verarbeitung und handelnden Umsetzung in den Jahren zwischen 1914 und 1945 es ermöglichen wird, die Stellung, die Brill in der deutschen Geschichte einnimmt, angemessen zu gewichten.

Brill stammte aus Thüringen, dem Land, das mit seinen Städten Eisenach, Gotha und Erfurt als geographische Heimat der deutschen Sozialdemokratie anzusehen ist. In Gräfenroda, Landkreis Arnstadt, am 9. Februar 1895 geboren, wuchs er zunächst in Ohrdruf, später in Gotha, einem der Zentren der USPD, auf. Sein Vater, Michael Brill, von Beruf Schneidermeister, war Mitglied der SPD mit einigem Bekennermut. Schon zur Zeit des Sozialistengesetzes hatte er Verfolgte aufgenommen, später, nach 1906, auch sozialistische Emigranten aus Polen und Rußland⁶. Auch August Bebel verkehrte vor dem Ersten Weltkrieg im Hause Brill. Als der Vater im Dezember 1918 Mitglied des Ohrdruffer Arbeiter- und Soldatenrates wurde, stand dieser bemerkenswerte Mann sogar für einen Augenblick auf der politischen Bühne.

Sohn Hermann trat damals, am 3. Oktober 1918, der USPD bei. In diesem ersten Schritt in die parteipolitische Aktivität sprach sich sicher eine Affinität zu der im Elternhaus ge- und erlebten politischen Welt aus, doch hatte er eine

⁶ BA, NL Brill 358: Brill an Gablentz, 11. 8. 1958. Zum folgenden BA, NL Brill 20–25.

durchaus eigenständige und persönliche Begründung. Mißverstanden würde Brill, wollte man in seinem Beitritt zur USPD das Bekenntnis zu einer proletarisch-revolutionären Politik im Sinne eines orthodoxen Marxismus sehen oder gar die Übernahme Leninscher Revolutionsdoktrinen. Auch sozio-ökonomische Interessen sind als Erklärungshilfen fehl am Platze, denn Brill hat sich Zeit seines Lebens mit wirtschaftlichen Fragen gar nicht und mit gesellschaftlichen Analysen wenig beschäftigt. Er, der nie Großstadtproletarier war, keinen damals „typischen“ SPD-Beruf hatte, nicht Schlosser, Redakteur, Arbeiter oder Mittelständler war, sondern Lehrer, Ministerialbeamter und Richter, konnte nur schwer Beziehungen zur proletarischen Welt herstellen. Seine Vorstellung von sozialistischer Haltung entsprang philosophischen Studien, hergeleitet aus dem Idealismus Kants und dem Humanismus des frühen Marx, beides 1914–1918 durch das Fronterlebnis im Ersten Weltkrieg geistig und handelnd verarbeitet⁷.

Brill nahm somit gleich zu Beginn seiner politischen Aktivität jene Position im Parteienspektrum ein, die für sein ganzes Leben kennzeichnend werden sollte: die Position zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und der Kommunistischen Partei. Viele leidvolle Erfahrungen und Hemmnisse, aber auch Chancen haben in diesem „Platz zwischen den Stühlen“ ihre erste Ursache.

Als Abgeordneter der USPD kam Brill nach den thüringischen Wahlen vom 20. Juni 1920, den ersten nach der zum 1. Mai 1920 erfolgten geographisch-politischen Flurbereinigung in Thüringen, in den Weimarer Landtag. Nachdem das knappe Wahlergebnis – 334 192 Stimmen für die Rechten, 326 982 für die Linken – und das Unvermögen der Parteien, nach dem Berliner Muster auch hier eine „Weimarer Koalition“ zu bilden⁸, schon am 11. September 1921 Neuwahlen nötig machten, konnten trotz geringfügiger Wählerfluktuation SPD und USPD am 7. Oktober 1921 eine von der KPD tolerierte Regierung bilden⁹. Brill, 26jährig, gehörte dieser Regierung als Staatsrat an. Vorher¹⁰ war er im Volks-

⁷ Dieser geistige Entwicklungsprozeß ist durch Brills Briefe aus dem Ersten Weltkrieg belegt (Briefe Brills an M. Salzmann, 30. 9., 31. 10., 20. u. 29. 12. 1914; BA, NL Brill 20). Über seine Kameraden urteilte Brill: „Jeder ist sich selbst der Nächste. Im Kriege steckt kein Funken Kultur. Das Land, die Leute, der Feind, die eigene Partei, alles ist den meisten wurscht.“ Für sich selbst ließ er gelten: „... das höchste ist der sitliche Wille.“ Oder: „Es ist etwas Großes, diese Gestalt gewordene Unerbittlichkeit der Pflicht.“

⁸ SPD und DDP bildeten eine nur auf 15 von 53 Mandaten gestützte Minderheitenkoalition, die von der DVP und dem Landbund nur zeitweise toleriert wurde; vgl. Staatshandbuch für Thüringen, hrsg. v. Thür. Staatsministerium, Weimar 1931, S. 18, und Staatshandbuch für Thüringen, hrsg. v. der Präsidentschaft, des Thür. Staatsmin., Weimar 1926, S. 31.

⁹ Die Verteilung der Wählerstimmen ergab diesmal ein Plus von 1769 zugunsten der 3 Linksparteien, was diesen allerdings einen Zuwachs von 2 Mandaten und damit die absolute Mehrheit (28 zu 26) eingebracht hatte; ebenda. Vgl. G. Witzmann, Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim 1958, S. 54 ff.

¹⁰ Der beste biographische Abriß über Brill bei F. Osterroth, Biographisches Lexikon, S. 49 f.

bildungsministerium einige Stufen der Hierarchie hinaufgestiegen, danach, im September 1923, wurde er Ministerialdirektor im Innenministerium.

Von diesen politischen Positionen aus hat Brill konsequent sozialistisches Gedankengut zu realisieren versucht. Die starke Zurückhaltung der Parteileitung der SPD in Berlin gegenüber jeglicher Zusammenarbeit mit der KPD war ihm schon damals fremd. Er kooperierte mit den Kommunisten und suchte, gestützt auf die exekutivgewaltigen Ministerialämter, mit der Schul- und Beamtenpolitik eine Integration der linken Kräfte in die junge Republik zu ermöglichen¹¹. Allerdings widersetzte gerade er sich dem seit 1922 immer stärker werdenden Verlangen der KPD, über den proletarischen Selbstschutz und die Betriebsrätebewegung Legislative und Exekutive auf außerparlamentarische Macht- und Massenorganisationen zu verlagern. Als einer der herausragenden intellektuellen Köpfe in der Thüringer Arbeiterbewegung gab er richtungsweisende Formulierungen: „Der moderne Verfassungsstaat ordnet die Schicksale der Gesellschaft auf der Grundlage der politischen Demokratie. Die parlamentarische Regierung verkörpert eine Staatsgewalt, die in erster Linie auf der politischen Organisation des Volkes und damit auf seiner Einsicht und seinem Willen beruht. Staatsbürgerliche Bildung ist deshalb eine unerläßliche Voraussetzung der Republik, politische Kultur die Gewähr für ihren endlichen Bestand.“¹² Eine solche Aussage, hier einem Vortrag Ende Mai 1922 in Weimar entnommen, zeigt die sich bei Brill früh herauskristallisierende Neigung, Bildung, Wissen und rationale Reflexion als Antriebe sozialistischer Haltung zu sehen. Keineswegs vertrat er das Konzept eines aus eigenem Antrieb revolutionären Proletariats.

Trotz seines öffentlichen und wiederholten Bekenntnisses zu Verfassungsstaat und Parlamentarismus war Brill Ende 1923 für das Reichsinnenministerium, sogar unter dem SPD-Mitglied Sollmann, ein „einseitiger fanatischer Sozialist“. Andererseits warf ihm wegen solcher Bekenntnisse etwa Ruth Fischer, damals Exponent des linken Flügels der KPD, „reformistische Abweichung“ vor¹³. Die Hintergründe gerade eines solchen Verdikts sind schnell zu erhellen. Die KPD, durch die 3. Kommunistische Internationale vom Dezember 1919 weitgehend in das Fahrwasser der Leninschen Revolutionstheorie geraten und besonders durch Sinowjew in der Hoffnung bestärkt, in den hochindustrialisierten Gebieten Deutschlands, zu denen Thüringen in erster Linie gehörte, eine proletarische Revolution im klassischen Marxschen Sinne erreichen zu können¹⁴, sah gerade in

¹¹ Materialien dazu in: BA, NL Brill 93, R 431/2314, R 431/2730 und NS 20/123.

¹² Nur als Zitat überliefert in: Von Marx bis Brill, Neue Zeitung, 10. 6. 1922.

¹³ BA, R 431/2314: Denkschrift des Ministers des Innern, Berlin, November 1923. R. Fischer, Zur Taktik der Einheitsfront, in: Die Internationale 5/3, 1. 8. 1922, S. 62 f.

¹⁴ Vgl. hierzu besonders G. Sinowjew, Probleme der deutschen Revolution, deutsche Ausgabe Moskau November 1923. Materialien in: BA, R 431/2729 und NS 20/123 mit einer „Denkschrift über die politischen Verhältnisse in Thüringen“ v. 16. 5. 1923.

Brill – noch einmal und diesesmal auf deutschem Boden – „das ganze Elend des Menschewismus“ verkörpert¹⁵.

Als die Reichsregierung 1923 den in Sachsen und Thüringen drohenden „roten Oktober“ durch die Erklärung des Ausnahmezustands und den Einmarsch der Reichswehr verhinderte und die Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 der im „Thüringer Ordnungsbund“ vereinigten Rechten die parlamentarische Mehrheit brachten¹⁶, verloren die Sozialdemokraten, die zuvor noch gerade von Brill mit energischen Parolen in den Wahlkampf geführt worden waren¹⁷, jeden bestimmenden Einfluß auf die politische Gestaltung des Landes. Brill, im März 1924 als Ministerialdirektor in den einstweiligen Wartestand versetzt, ging als Student an die Universität Jena und gleichzeitig als Dozent an die Volkshochschule Schloß Tinz bei Gera, die damals, wesentlich von ihm mitgetragen, in die Rolle einer SPD-Parteischule hineinzuwachsen begann¹⁸.

Als im Januar 1930 eine bürgerlich-nationalsozialistische Koalitionsregierung in Thüringen gewählt wurde, der Wilhelm Frick als Minister für Inneres und Volksbildung angehörte, begann für Brill bereits die Zeit des aktiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus. In seiner Position als Mitglied des thüringischen Staatsgerichtshofes wie als Abgeordneter des Landtags, der er von 1920 bis 1935 ununterbrochen war, bemühte er sich, die Versuche Fricks zu konterkarieren, in Thüringen die politischen Vorstellungen des Nationalsozialismus zu verwirklichen. Als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses, den der thüringische Landtag zur Durchleuchtung der Praktiken des NS-Ministers Frick 1932 eingesetzt hatte, lud Brill auch Hitler als Zeugen vor. Der Vorgang hat ihm, glaubt man seinen Aufzeichnungen, den Anstoß gegeben, von jetzt an „gegen Hitler zu kämpfen“¹⁹.

Den Schritt zu gesteigerter politischer Aktivität förderte auch das von ihm mißbilligte Verhalten seiner eigenen Partei. Brill erlebte 1932, als er während der kurzen Legislaturperiode von Juli bis November Mitglied des Reichstages war, aus nächster Nähe das stetige Schwinden des Einflusses der SPD. Die abwar-

¹⁵ Von Marx bis Brill, Neue Zeitung, 10. 6. 1922.

¹⁶ BA, NL Brill 92: Der militärische Ausnahmezustand in Thüringen. Zu den Wahlen vom 10. 2. 1924 s. Staatshandbuch, S. 18 u. 31.

¹⁷ Vgl. Saalfelder Volksblatt, 8. 1. 1924.

¹⁸ Zu Tinz vgl. E. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 82, und E. Thape, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969, S. 90. Unterrichtsmaterialien und Vortragsdispositionen Brills zu Kursen an der VHS Tinz in: BA, R 58/508. In Jena schloß Brill sein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften 1928/29 mit der Promotion ab; BA, NL Brill 95: Brill an Krusch, 23. 5. 1945. Der Dr.-Titel wurde ihm am 22. 2. 1940 wieder aberkannt; ebenda.

¹⁹ Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946, S. 7 ff. Es ging am Verhandlungstag, dem 14. 3. 1932, einen Tag nach dem ersten Gang zur Reichspräsidentenwahl, bei der Hitler gegen Hindenburg und Thälmann kandidiert hatte, um die etwas dubiose, von Frick vollzogene Ernennung Hitlers zum Gendarmeriekommissar des kleinsten thüringischen Landkreises, Hildburghausen, am 12. 6. 1930; ebenda, S. 10 ff.

tend-passive Haltung des Parteivorstands, geradezu erhöht zu einer „Theorie der Untätigkeit“²⁰, leitete seinen programmatischen wie organisatorischen Bruch mit der SPD ein. Seine tiefe sozialistisch-kämpferische Überzeugung wie seine konsequente, oft apodiktisch-harte Persönlichkeit gestatteten ihm den Einsatz für eine Partei nicht mehr, die er ohne Rückgrat und Stehvermögen vor den Attacken der Nationalsozialisten zurückweichen sah. Als auch der Thüringer Bezirksverband unter Georg Dietrich diese abwartend-legalistische Linie der Berliner Parteiführung mitmachte und im Frühjahr 1933 nur noch mit Allgemeinplätzen Trost zu spenden suchte – wie: „... wer über sozialistisches Wissen verfügt, denkt daran: Das einzige Beständige in der Welt ist die Veränderung“²¹ –, stellte Brill auf einer Sitzung der thüringischen Parteileitung am 29. Mai, deren Debatte über die politische Lage für ihn offenbar unbefriedigend verlief, den Antrag, den Bezirksverband Großthüringen der SPD aufzulösen. Als dies abgelehnt wurde, trat er am 30. Mai 1933 aus der SPD aus und versuchte mit Gleichgesinnten, eine neue Fraktion im Landtag zu bilden, was aber bis zum Verbot der SPD im Juni 1933 nicht mehr gelang²². Die Arbeit in der Illegalität begann.

Schon vor dem 30. Januar 1933 hatte sich links und rechts der Parteileitung der SPD eine Vielzahl konspirativer Zirkel gebildet²³. Brill schloß sich zunächst einer von Otto Jensen – wie er ehemaliger Dozent der Tünzer Volkshochschule – gegründeten thüringischen Gruppe an, die sich nach dem russischen Initiativvorbild Plechanows von 1885 „Befreiung der Arbeit“ nannte²⁴. Seiner Begabung und Neigung entsprechend arbeitete Brill bereits in diesem frühen Widerstandskreis vor allem als Theoretiker und Verfasser programmatischer Schriften²⁵. Nach der Überleitung dieser sozialistischen Widerstandsgruppe in die Gruppe „Neu Beginnen“ im Juni 1934 auf der Dübener Heide zwischen Torgau und Ellenburg fand Brill kurzfristig eine größere Aktionsbasis. Die Gestapo entdeckte jedoch die sozialdemokratischen Widerstandsgruppen in Thüringen und zerschlug sie weitgehend. Brills Beteiligung blieb unentdeckt. Im Juli 1934 siedelte er von Weimar nach Berlin über, um dort, im Zentrum des sozialistischen

²⁰ So E. Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 162; s. a. Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1975.

²¹ BA, R 58/508: Rundschreiben des Bezirksvorstands der SPD Großthüringen v. 10. 5. 1933, S. 2.

²² Weißbecker, S. 119. Materialien zu den Hintergründen in: AsD, NL Hertz, Film XXIII.

²³ H. J. Reichardt, Neu Beginnen, in: Zs. f. d. Gesch. Mittel- u. Osttd. 12 (1965), S. 176; E. Matthias, S. 191 f. Jetzt am besten U. Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland? Bd. 1, Frankfurt 1977, S. 50 ff. Material in: AsD, NL Erlar, Mapped Neu Beginnen.

²⁴ BA, NL Brill 57: Brill an Otto Jensen, 26. 8. 1946; Brill, Strom, S. 15; Weißbecker, S. 147.

²⁵ Brill an Jensen, ebenda. Diese Schriften sind verlorengegangen, möglicherweise bei Brills erster Verhaftung durch die Gestapo im Spätsommer 1933; dazu Brill, Strom, S. 15. Vgl. auch das Urteil des Volksgerichtshofs gegen Otto Brass u. H. L. Brill v. 28. 7. 1939, S. 39, in: Berlin Document Center. Vgl. auch allgemein H. Schulze, Anpassung oder Widerstand.

Widerstands, zusammen mit Otto Brass und anderen die „Deutsche Volksfront“ zu gründen.

Mit Otto Brass und Hermann Brill fanden sich zwei Männer, deren politische Orientierung schon in der Vergangenheit gekennzeichnet war durch die Suche nach einem festen Standort innerhalb der seit dem Ersten Weltkrieg so zersplitterten deutschen Arbeiterbewegung²⁶. Beiden erschien die Zerschlagung der Arbeiterparteien 1933 zugleich als tödliche Bedrohung und als einmalige Regenerationschance des Sozialismus, den sie grundlegend neu, einheitlich und jenseits der als veraltet angesehenen bisherigen Positionen aufzubauen gedachten. Ihr politischer Standort auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie, ihre kritische Distanz zu dem nach Prag emigrierten Parteivorstand der SPD und ihre Erfahrung in der Kooperation mit Kommunisten führten Brill und Brass schon früh zur Zusammenarbeit mit Widerstandsgruppen der KPD in Berlin. Die organisatorischen Einzelheiten müssen hier zurückstehen²⁷. Vorgestellt seien aber markante Züge der wesentlich von Brill erarbeiteten theoretisch-programmatischen Aussagen.

Ende 1936 trat die Gruppe Brill/Brass, angeregt durch die von der KPD seit dem VII. Weltkongreß der 3. KI und der Brüsseler Konferenz mit zunehmender Intensität geführten Einheits- und Volksfrontdiskussion und ermutigt durch die Volksfrontbündnisse in Spanien und Frankreich, mit einem „Zehn-Punkte-Programm“ hervor²⁸. Sie suchte sich dadurch als „Deutsche Volksfront“ bekannt zu machen. Die zehn Forderungen gruppieren sich um drei zentrale Themen:

- a) Aufbau eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates, „ein Reich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie“.
- b) Außenpolitik des Friedens und der europäischen Zusammenarbeit.
- c) Wirtschaftspolitik, „die allein der Besserung des deutschen Volkes dient“, bei Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes.

Die im Programm einleitend getroffene Feststellung, „die liberalen, demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Gruppen Deutschlands“ hätten sich

²⁶ VGH-Urteil Brass/Brill, S. 2 f., u. Brill, Strom, S. 15. Ergänzend R. Griepenburg, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie, Marburg 1971, S. 71 f., und B. D. Fritz, Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPD und der SAP, Bonn 1966, S. 77, 98 u. 144 ff. Zur schwankenden Haltung von Brass vgl. Paul Hertz an Brill, 10. 3. 1946: „Daß Otto Brass bei der KPD gelandet ist, hat mich nicht überrascht, mit dieser Entwicklung bei ihm habe ich immer gerechnet, er hat sich bei der SP niemals wohl gefühlt“; AsD, NL Hertz, Film XXX.

²⁷ E. Marschall (+) hat die bis 1976 dazu erschienene Literatur kritisch verarbeitet; vgl. demnächst Overesch, Demokratie im Sozialismus.

²⁸ Erstmals veröffentlicht wurde das Zehn-Punkte-Programm durch die KPD im Februar 1937: Rote Fahne Nr. 2/1937. Danach wurde das Programm von der KPD mehrfach publiziert und auch über Rundfunk verbreitet; vgl. K. Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Frankfurt/M. 1974, S. 210. Der Text heute bei Brill, Strom, S. 16 f.

zu einer Volksfront zusammengeschlossen, um „dem deutschen Volk“ geistige Richtlinien zu geben, machen bereits jene Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich, die auch in den folgenden Jahren ein Kennzeichen der Gruppe um Brill und Brass blieb. Die Neigung, angestrebte Ziele in den Aussagen als bereits weitgehend erreicht vorwegzunehmen, findet sich in nahezu allen Schriften der „Deutschen Volksfront“ und erschwert natürlich die rechte Einschätzung ihrer tatsächlichen Wirkung und Reichweite²⁹.

Sicher ist indessen, daß die „Deutsche Volksfront“ von der Realisierung ihres Anspruchs, die Führung einer vereinigten Front der Hitlergegner zu übernehmen oder gar schon zu besitzen, weit entfernt war. Zu diesem Zeitpunkt verfügte sie weder über einen ausgebauten konspirativen Apparat noch über die technischen Mittel oder übergreifenden Kontakte, um die beanspruchte Rolle auch spielen zu können. Einer Zusammenfassung aller Widerstandskämpfer stand im übrigen die auch im Reich tiefgreifende ideologische Zersplitterung der Illegalen im Wege, ganz zu schweigen von den staatlichen Verfolgungsorganen, die eine so breit angelegte Bewegung schon im Ansatz zerschlagen hätten.

Da die Entwicklung in Deutschland seit 1933 einen immer größer werdenden Anteil der Bevölkerung, gerade unter der Arbeiterschaft, mit dem Nationalsozialismus zumindest äußerlich versöhnte, griffen die sozialistischen Widerstandsgruppen auch mehr und mehr ins Leere³⁰. Ihre theoretischen Schriften dienten deswegen eher der Wahrung der politischen Identität einzelner in der Isolierung der Illegalität, als daß sie Handlungsmaximen einer politischen Masse werden konnten.

Eine gerade an Brills Schriften zu beobachtende Konsequenz dieser Tatsache waren die zunehmend idealistischer werdenden Züge in der politischen Programmatik. Das sei kurz umrissen an Brills Schrift „Deutsche Ideologie“ vom Oktober 1937, seinem Vortrag über die „Deutsche Volksfront“ vor der „Sozialistischen Internationalen“ in Brüssel im Dezember 1937, dem zu den „Zehn Punkten“ Anfang Februar 1938 geschriebenen Kommentar „Freiheit“ und seiner Schrift über „Dialektischen Materialismus“ vom Sommer 1938³¹.

Scharf und kompromißlos blieb Brill in seiner Kritik an der Politik der beiden großen Arbeiterparteien in der Weimarer Republik. Den sozialdemokratischen

²⁹ Diese kritische Bemerkung trifft auch auf andere Widerstandsgruppen zu.

³⁰ Brill bezog natürlich auch – mit Recht – das Bürgertum in den Kreis derer ein, die sich dem NS zuwandten: „Die massenhafte Desertion, vor allem der Lehrer und Richter, in das Lager der NSDAP, das völlige Versagen der Universitäten als geistige Treuhänder des kulturellen Erbes, der geringe, immer nur vereinzelte Mut, der Diktatur entgegenzutreten, alles das hat mit dem Jahre 1945 das Ende des intellektuellen Bürgertums besiegelt“; Brill, Von Jena bis Nürnberg, 14. 10. 1946, BA, NL Brill 331.

³¹ Deutsche Ideologie 1937, in: Brill, Strom, S. 19 ff. Bericht über die Volksfrontbewegung in Deutschland, Niederschrift des Vortrags von Brill bei der SAI in Brüssel im Dezember 1937, in: AsD, NL Hertz, Film XXIII. Freiheit, in: Brill, Strom, S. 61 ff. Dialektischer Materialismus, in: AsD, NL Brill 1. Hierzu schrieb Brill 1947 ein Vorwort: BA, NL Brill 334.

Reformismus lehnte er ebenso entschieden ab wie den kommunistischen Putschismus. Die von beiden Parteien vertretene Doktrin, „daß die proletarischen Massen durch Klasseninstinkt, Klassenbewußtsein und Klassenmoral sozialistisch seien“³², hielt Brill schon allein durch die Erfolge des Nationalsozialismus gerade unter der Arbeiterschaft für widerlegt³³. Aus dieser historisch greifbaren Erfahrung bestritt er grundsätzlich die Maxime von der „einseitigen Verursachung der Politik durch ökonomische Verhältnisse und der Notwendigkeit, mit der angeblich der Sozialismus kommen müsse, die marxistischen Parteien aber gemäß der von Marx entdeckten historischen Gesetze die Träger dieser Entwicklung seien“³⁴.

Brills Analyse der Arbeiterbewegung vor 1933 bestätigte ihm geradezu die immer vertretene Skepsis gegenüber sozio-ökonomischen Begründungszusammenhängen. Von den beiden in der Marxschen Dialektik angelegten Antriebskräften des historischen Prozesses, den objektiven wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und den subjektiven Entscheidungen, von denen den ersten bei Marx eindeutige Priorität zukam, vertraute Brill jetzt noch mehr als früher auf den subjektiven Willen. Echte Einsicht und kraftvolles Wollen aber konnte man seiner Ansicht nach nicht von den in der Weltwirtschaftskrise verkommenen Massen erwarten, sondern nur noch von einer moralischen und geistigen Elite, die sich von der alten Parteiführung der SPD, der Brill „Vergreisung“ vorwarf³⁵, und von der einem mechanistischen Marxismus und diktatorischen Leninismus folgenden KPD losgelöst hatte.

Er pries ein neues Ideal: „Ein neuer Mensch entsteht, kritisch, aktiv im Denken und Tun, schöpferisch und tragisch in erlebter Humanität.“³⁶ In fast hymnischer Formulierung feierte Brill den Geist dieses neuen Menschen: „Wert, Wahrheit und Recht treten in ihrer lautersten, reinsten und vollkommensten Form wieder auf.“³⁷ Volksfront war nicht eine Frage der Organisation, sondern eine der Erziehung und Bewußtseinsbildung, getragen und gefördert von der „Einheitsfront derjenigen, die unter der Diktatur anständig und vernünftig ge-

³² Brill, *Ideologie*, S. 41.

³³ „... schon dem Augenschein nach [ist] nicht zu bestreiten, daß die Masse im Gefolge Hitlers weitgehend Proletarier waren“, ebenda, S. 42.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda, S. 48.

³⁶ Ebenda, S. 24.

³⁷ Ebenda. „Regeneration im personellen Bereich und Renaissance im Denken und in der Moral“ bestimmte er als die „gesellschaftlichen Grundlagen“ (Bericht Brills bei der SAI, S. 7) dieser Entwicklung. In diesem Konzept des neuen Menschen zeigt sich, wie fern ökonomische und soziale Kategorien dem Denken Brills waren. Auch wo er den Begriff „gesellschaftlich“ verwendet, wie in dem zit. Satz, beschrieb er oft keine im engeren Sinne sozialen Phänomene; so bezeichnete er die „Renaissance im Denken und der Moral“ als „unsere gesellschaftlichen Grundlagen“, obwohl es sich dabei um ein geistig-individuelles Phänomen handelt, das, wie er selbst immer wieder betonte, nicht an eine bestimmte soziale Gruppierung gebunden war.

blieben sind“³⁸. In emphatischen, zeitweilig an die Sprache des neuen Testaments erinnernden Formulierungen schrieb Brill in der Schrift „Freiheit“: Die Volksfront „lebt in den Herzen und Gewissen aller derjenigen, die Freiheit statt Unterdrückung, die Selbstbestimmung statt Führung, Recht und Gerechtigkeit statt Terrorismus, Frieden statt Kriegsdrohungen, Arbeit für den Wohlstand aller statt Kriegs- und Zwangswirtschaft, Butter statt Kanonen wollen. Die Volksfront ist überall, wo zwei oder drei sich freimachen von der unausgesetzten Propaganda der Goebbels-Blätter und des Radios, wo über Spanien diskutiert wird, wo Menschen versuchen, das, was notwendig ist, vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre zu begreifen“³⁹.

Der Masse der Bevölkerung empfahl er deswegen: „Lest keine NS-Zeitungen und Zeitschriften. Hört keinen deutschen Nachrichtendienst. Seht euch keinen NS-Film an. Lest keinen ‚volkhaften‘ Dichter. Aber lest Lessing, Schiller und Goethe. Hört ausländische Nachrichten. Seht euch alte Filme an. Studiert unsere revolutionären Blätter und Schriften. Vor allem: Gebraucht euren Kopf zum Denken! Das ist unser erster Weg zum Sturz der Diktatur: Das eigene Denken eines jeden, das Nachdenken des ganzen Volkes. Denken hat noch stets in der Weltgeschichte jeden Mythos zersprengt. Ohne dieses Denken werden wir nie die Diktatur überwinden. Hitler muß von innen fallen.“⁴⁰

Von der Elite verlangte er, diesem inneren Weg vom Mythos zum Logos Inhalte zu geben. Selbst umriß er diese so: „Eine neue Philosophie zu finden, die nicht nur zur Erkenntnisgrundlage einer neuen Soziologie, sondern auch zum Leitfaden der Politik einer neuen Gesellschaft werden kann.“⁴¹ Der Sozialismus komme nicht mit objektiver Gesetzmäßigkeit, sondern nur durch ein philosophisch-materialistisches Denken. „Der Sozialismus ist eine neue Lebensform der Gesellschaft, die alle Wissenschaften umfaßt, weil er alle Lebensgebiete gestaltet. Neues gesellschaftliches Leben ist ohne neues Denken unmöglich. Also ist der Sozialismus zuerst und vor allem Philosophie. Und da sich das Ziel des Sozialismus auf etwas eminent Materielles, Gesellschaft und Wirtschaft, richtet, muß diese Philosophie Materialismus sein. Unveränderlich wie das Ziel des Sozialismus ist seine Philosophie materialistisch.“⁴²

Die hier vorgenommene Vermengung sozio-ökonomischer und geistesgeschichtlicher Denkelemente kennzeichnet alle Schriften Brills aus dieser Zeit. Sie ist, wie ja auch bei anderen deutschen Sozialdemokraten zu beobachten, Ausdruck einer

³⁸ Freiheit, S. 63. Solche Gedanken wiesen vielfältige Übereinstimmungen mit den später im sog. Kreisauer Kreis formulierten Hoffnungen auf. Es wäre zu überprüfen, wie weit Übereinstimmungen zwischen Brill und Adolf Reichwein vorliegen. Beide waren zur gleichen Zeit – etwa 1926 – in Jena und an ähnlichen, bildungspolitischen Fragen interessiert, Brill an der VHS in Tinz, Reichwein an der in Jena.

³⁹ Ebenda, S. 63.

⁴⁰ Ebenda, S. 67.

⁴¹ Dialektischer Materialismus, Vorwort 1947.

⁴² Materialismus, S. 12 f.

ambivalenten geistigen Situation. Als Schüler des Gothaer Herzog-Ernst-Seminars und Student der Jenaer Universität nahm Brill die klassischen griechischen und deutschen Bildungsgüter, traditionell dargeboten in geistesgeschichtlicher Betrachtungsweise, in sich auf; als Sozialdemokrat des linken Flügels hatte er dagegen gelernt, in Kategorien des Marxismus zu denken. Eine Synthese wird von ihm immer gesucht, bleibt aber in dieser Zeit unscharf.

Klarer, wenn auch nicht ganz durchstrukturiert, waren die von Brill 1937/38 erarbeiteten Grundzüge einer neuen staatlichen Ordnung in Deutschland. Sie zielten ab auf einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat, in dem die „großen Aufgaben der Politik und Gesetzgebung“ in die Kompetenz einer zentralen Staatsgewalt fallen, alle übrigen öffentlichen Belange durch Selbstverwaltungsorgane wahrgenommen werden sollten. Wiederherstellung der Rechtsordnung, gesicherte Menschenrechte, Demokratisierung auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, ein gemäßigter Parteienparlamentarismus ohne die Zersplitterung der Weimarer Zeit, Volksbeamtentum, Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes, bäuerliches Siedlungs- und Genossenschaftswesen: das sind die Kernpunkte seines Programms⁴³.

Zu weiteren theoretischen Arbeiten in relativer Freiheit ist Brill nicht mehr gekommen. Im Sommer 1938 fiel seine Gruppe der Gestapo in die Hände⁴⁴. Sarkastisch urteilte er 1947, daß ihm seine bis 1938 geleisteten Arbeiten „vom sogenannten Volksgerichtshof der nazistischen Diktatur mit zwölf Jahren Zuchthaus honoriert“ worden seien⁴⁵.

Schon die vier Jahre im Zuchthaus Brandenburg haben Brill schwer gezeichnet. Nacht für Nacht mußte er die letzten Schreie derer hören, die direkt unter seinem Zellenfenster durch eine Guillotine ermordet wurden. In Buchenwald wurden Erlebnisse dieser Art noch schlimmer. 1948 schrieb er an Georg Dietrich, daß ihm immer noch die Erinnerung an die 2000 Hinrichtungen, die er dort miterlebt habe, an „die Leichenhaufen von verhungerten, erfrorenen und erschlagenen Menschen“, die er mitansehen, und an „das Knarren der zweirädrigen, hoch mit Leichen beladenen Wagen“, das er im Winter 1944/45 täglich in Buchenwald mitanhören mußte, nachts um den Schlaf bringe und seine Gesundheit nachhaltig ruiniert habe⁴⁶.

Diese Umwelt hat Brill allerdings von der politischen Arbeit nicht abgebracht.

⁴³ Die Ausformulierungen finden sich besonders im „Zehn-Punkte-Programm“ und in der Schrift „Freiheit“.

⁴⁴ Vgl. VGH-Urteil Brass/Brill.

⁴⁵ Dialektischer Materialismus, Vorwort.

⁴⁶ BA, NL Brill 58: Brill an Dietrich, 19. 2. 1948. Zu Buchenwald vgl. u. a. Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald, Weimar 1945; AsD, NL Thape; B. Kautsky, Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern, Zürich 1946, S. 287 ff., bes. S. 295 ff.; Brill, Strom, S. 88 ff.; K. Drobisch, Widerstand in Buchenwald, Frankfurt/M. 1978.

Im Gegenteil, sie bestärkte ihn darin⁴⁷. Als er im Dezember 1943 als „nicht besserungsfähiger Häftling“ nach Buchenwald überstellt wurde, versteckten ihn dort Mithäftlinge sofort als Sanitäter in der Typhus-Quarantäne-Baracke, damals der einzige Ort im KZ, an dem sich wegen der großen Ansteckungsgefahr kaum ein SS-Mann sehen ließ. Aus dieser relativen Deckung heraus begann Brill sofort, „eine in mehrfacher Beziehung erweiterte und vertiefte Auffassung des Volksfrontgedankens“ zu erarbeiten⁴⁸.

Die Formulierung deutet an, daß Brill in Buchenwald von den stark idealistisch geprägten Aussagen der Jahre 1937/38 wieder zu nüchternen politischen Analysen zurückfand. Die „Buchenwalder Plattform“ vom 1. Mai 1944 und das „Buchenwalder Manifest“ „Für Frieden, Freiheit, Sozialismus!“ legen davon Zeugnis ab⁴⁹. Beide Schriften dokumentieren den Versuch Brills, jetzt im Niemandsland zwischen SPD und KPD programmatisch und organisatorisch Fuß zu fassen⁵⁰. Seine Zielvorstellung warb um die neue politische Gemeinsamkeit: „Die antinazistische Politik kann nicht das Werk einzelner Organisationen, sondern nur das Ergebnis einer antinazistischen Bewegung der breiten werktätigen Massen in Stadt und Land sein. Deshalb kommt es darauf an, diese Bewegung auf konkrete politische Ziele zu lenken. Das Mittel dazu müssen die aus allen antifaschistischen Gruppen zu bildenden Volksfront-Komitees sein. Sie sind im ganzen Reich auf allen Stufen seiner politischen Gliederung zu bilden und in einem deutschen Volkskongreß zusammenzufassen. Er hat Regierung und Volks-

⁴⁷ „Lektüre war mehr als Unterhaltung, Diskussion mehr als parlamentarische Debatte, Kommentar mehr als Meinungsäußerung und Information mehr als Mitteilung. Sie waren jedes für sich und zusammen die innigste seelische Gemeinschaft, die man sich überhaupt vorstellen kann, eine Gemeinschaft, in der selbst die Erinnerung an die Toten zur Steigerung des Willens zum Leben wurde“; Brill, *Der Widerstand der Sozialdemokratie im nationalsozialistischen Deutschland*, 1949, AsD, Personalia Brill.

⁴⁸ Brill, Bericht über die Tätigkeit des Volksfrontkomitees des ehemaligen KZ Buchenwald, in: Brill, *Strom*, S. 89. Drobisch (S. 84 ff.) übergeht – in der Absicht, die führende Rolle der Kommunisten herauszustellen? – die Eigeninitiative Brills. Dazu Kautsky, S. 134.

⁴⁹ Brill, *Strom*, S. 94 ff. Den Höhepunkt der vorher abgeschlossenen „idealistischen Phase“ stellt die Schrift „Vollendung und Unendlichkeit“ dar, von Brill im Zuchthaus Brandenburg im Winter 1942/43 geschrieben. Sie versucht eine Synthese sokratischen, christlichen und sozialistischen Gedankenguts: „Vollendung finden wir in der Beständigkeit, Mensch aus Liebe zu sein“ (S. 59); BA, NL Brill 70.

⁵⁰ Die „Buchenwalder Plattform“ ist als einziges Dokument aus dieser Zeit von Männern aus verschiedenen parteipolitischen Lagern erarbeitet worden: Ernst Thape, SPD, Werner Hilpert, Christliche Demokraten, Walter Wolf, KPD, Hermann Brill, Sozialist. Aus dieser Tatsache aber abzuleiten, in Buchenwald sei eine „Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte in einer Volksfront“ gelungen (Brill, *Strom*, S. 89), ginge an der Realität vorbei. Richtig ist aber, daß die „Buchenwalder Plattform“ und das „Buchenwalder Manifest“ einzigartige Manifestationen sozialistischen Gedankenguts darstellen, wie sie keine andere Gefangenengruppe im KZ in geistiger Unabhängigkeit fertiggestellt hat.

vertretung einzusetzen“⁵¹. Das verstand Brill jetzt unter der „Errichtung einer deutschen Volksrepublik auf neuer demokratischer Grundlage“⁵².

Weitere Konkretionen gab er zu administrativen Maßnahmen an. Das alte Verhältnis von Reich und Ländern sollte zugunsten einer Neueinteilung des Reiches in Verwaltungsbezirke verändert werden, was eine stärkere Zentralisation bedeutete; den Beamtenstatus wollte er „auf die Träger öffentlicher Funktionen“ einschränken, deren Privilegien jedoch abschaffen, sie auf Zeit wählen lassen und qualifizierte Angestellte ihnen sozial gleichstellen. Das Wirtschaftsprogramm sah eine freie genossenschaftliche Ordnung vor. Nur die Hauptnahrungsmittel Getreide und Kartoffeln sollten planwirtschaftlich erfaßt, die Industrie nur „zeitweise“ verstaatlicht werden. Noch unklar waren die Vorstellungen von der Presse. Hierzu hieß es allgemein, sie sei „aus einer soziologischen Auffassung heraus völlig neu“ zu gestalten, ebenso der Bereich der Erziehung und Bildung, wo man „eine politische Schule neuen Typs“ anstrebe⁵³.

Die Kommunisten im KZ Buchenwald haben dieses Programm nicht mitgetragen. Bestrebt, selbst die Führung in allen politischen Fragen und Aktionen zu erhalten, waren sie um eigene Kaderarbeit bemüht. Die ersten Tage nach der Befreiung des Konzentrationslagers am 11. April 1945 um 16.00 Uhr – sie geschah von außen durch die Truppen der 1. amerikanischen Armee und durch einen unterstützenden Akt der Selbstbefreiung der Häftlinge von innen⁵⁴ – zeigen, daß die deutsche Arbeiterbewegung das Ende des Nationalsozialismus genauso gespalten erlebte wie dessen Anfang.

Auch wenn das „Buchenwalder Manifest“, zwei Tage nach der Befreiung von Brill niedergeschrieben, „einen neuen Typ der Demokratie, die sich nicht in einem leeren formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen in Stadt und Land eine effektive Betätigung in Politik und Verwaltung ermöglicht“, verhiess, trug es nur die Unterschriften ehemaliger Sozialdemokraten⁵⁵. Als Brill am 23. April in der Buchenwalder Kinohalle 700 Häftlingen aus 22 Nationen das Manifest als „Regierungsprogramm für eine deutsche Volks-

⁵¹ Brill, Strom, S. 90.

⁵² „Buchenwalder Plattform“, S. 94.

⁵³ Bericht über die Tätigkeit des Volksfrontkomitees des ehem. KZ Buchenwald, in: Brill, Strom, S. 90 ff. Brill hat sich im KZ Buchenwald sehr stark mit Fragen der Bildung beschäftigt; dazu Materialien in: BA, NL Brill 26, 27 u. 56. Drobisch, S. 86, erwähnt diese Tatsache ebenfalls.

⁵⁴ Drobisch, S. 141 ff.; W. Uhlmann, Blick hinter die Gitter. „Gesprengte Fesseln“, in: IWK, 13 (1977), S. 234 ff. mit weiterer Lit.

⁵⁵ „Buchenwalder Manifest“, S. 98. Die schriftlichen Vorarbeiten für dieses Manifest hatten anlässlich einer SS-Aktion um die Jahreswende 1944/45 restlos vernichtet werden müssen, als „Preis des Lebens“, wie Brill am 20. 11. 1947 an Brumme schrieb (BA, NL Brill 27). Zur Autorschaft Brills vgl. Kautsky (Vorwärts, 19. 2. 1960): „Unmittelbar nach der Befreiung (des Lagers) drang Brill darauf, daß die Sozialdemokratie deutscher Zunge ein gemeinsames Buchenwalder Manifest herausgab, als dessen eigentlicher Verfasser er anzusehen ist.“

regierung“ vortrug⁵⁶, hatten die Kommunisten am Tage zuvor mit der Gründung eines „Deutschen Komitees“ eine eigene Organisationsform gefunden und ihrerseits die Aktivierung möglicher Anhänger mit der Parole eingeleitet: „Unsere Zentralaufgabe ist heute: Mobilisierung aller Antifaschisten auf der Grundlage des Nationalkomitees Freies Deutschland.“ Das war ein Bekenntnis zum Führungsanspruch der zu diesem Zeitpunkt noch im Moskauer Exil weilenden KPD-Mitglieder Ulbricht, Pieck u. a.⁵⁷.

Symbolisch faßbar wurde die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, als bei der Feier zum 1. Mai 1945, bei der Vertreter aller Nationen sich mit ihren Landesflaggen „rund um den Appellplatz aufgestellt“ hatten, die deutschen Kommunisten als einzige die von den deutschen Sozialdemokraten geforderte schwarz-rot-goldene Fahne ablehnten und sich unter ein rotes Tuch mit einem gelben fünfzackigen Stern stellten⁵⁸. Brill hatte zu diesem Zeitpunkt das Lager bereits verlassen dürfen und hielt sich in Weimar auf.

Gleich nach seiner Rede am 23. April war er von einem amerikanischen Offi-

⁵⁶ Brill, *Der Widerstand der Sozialdemokratie*, a. a. O.

⁵⁷ Entschließung v. 22. 4. 1945, abgedruckt bei Fuchs, S. 61. Fuchs erweckt den Eindruck, als habe es bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine Koordination aller Kommunisten auf der Grundlage der am 5. 4. 1945 in der Moskauer Emigration erarbeiteten „Richtlinien des Politbüros in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“ gegeben (vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 5, Berlin 1966, S. 622). Das ist in der Sache wenig wahrscheinlich. Bis zum 26. April 1945 ist niemand aus dem KZ Buchenwald entlassen worden. Hermann Brill war der erste.

⁵⁸ AsD, NL Thape, S. 115. Die von W. Wolf geleitete Landsmannschaft Thüringen im „Deutschen Komitee“ hatte am 22. 4. 1945, ohne Absprache mit den Sozialdemokraten, in einem Schreiben an den amerikanischen Platzkommandanten Buchenwald diesen ersucht, „eine größere Anzahl bekannter Thüringer Antifaschisten vorerst und möglichst sofort zur Entlassung zu bringen“ oder zumindest „für 8–14 Tage zu beurlauben“, damit diese bei der „Ausmerzungen und Sicherstellung der Faschisten“ in Thüringen helfen und eventuell nützliche Hinweise „für die Kriegsführung und Verwaltungstätigkeit der Alliierten“ geben könnten; Landsmannschaft Thüringen an Platzkommandant Buchenwald, 22. 4. 1945, SED-Parteiarchiv Erfurt, abgedruckt bei Fuchs, Dok. 17a. Zur Einrichtung der am. Mil.-Reg. in Thüringen am 21. 4. 1945 vgl. deren „Bekanntmachung an die Zivilbevölkerung“ vom selben Tag, Fuchs, Dok. 26. Auch außerhalb des Lagers unternahm die Kommunisten ebenso schnelle Versuche, die eigenen Kräfte zu sammeln und der deutschen Bevölkerung und den Amerikanern als hilfswillige Antifaschisten anzubieten. Kontakte fanden schon am 12. und 14. 4. statt. In den Betrieben, dem damals einzigen größeren Aktionsfeld, suchte man Zellen zu gründen (Fuchs, S. 121 ff., nennt für den 25. 4. 1945 bereits 28 Erfurter Betriebe, in denen kommunistische Zellen gegründet waren). Die Kommunalverwaltungen wollte man übernehmen, und durch Schilder wies man die Bevölkerung auf die Existenz erster Geschäftsstellen von Antinazi-Komitees hin. Die Aktivitäten waren offensichtlich so groß und so publik, daß der amerik. Stadtkommandant in Weimar sich am 28. 4. veranlaßt sah, entsprechend einer zwei Tage zuvor von der Militärregierung erlassenen Direktive „das Verbot jeglicher politischer Parteien“ zu erneuern und „insbesondere jede politische Tätigkeit des Antinazi-Komitees schärfstens“ zu untersagen; Kloß (Bürgermeister von Weimar) an das Antinazi-Komitee Weimar, 28. 4. 1945, Fuchs, Dok. 24.

zier ans Lagertor gerufen und für den 26. in den Weimarer „Elefanten“ bestellt worden. Das bedeutete seine Befreiung und leitete seinen Versuch ein, in Thüringen den Neuanfang deutscher Politik zu setzen. Wie sehr er von diesem Verlangen durchdrungen war, zeigt ein Brief aus diesen Tagen, in welchem Brill die bisher von ihm geleistete geistige Vorarbeit auf eine verdichtende Formel bringt. An Walter Krusch schrieb er am 25. Mai, als er schon zum Regierungspräsidenten ernannt worden war, er sei von dem „heißen Wunsch“ erfüllt, Deutschland „aus diesem historisch beispiellosen Unglück . . . zu einer neuen deutschen Größe geistiger (!) Mächte . . . zu verhelfen“. Sein Gefühl, dazu durch seine Widerstandsarbeit legitimiert zu sein, erhellt aus der hinzugefügten Bemerkung: „Ich nehme für mich in Anspruch, gegen die schändlichste aller Diktaturen gekämpft und mir meine heutige Stellung aus eigenem Verdienst erworben zu haben, meine Amtsbefugnisse aus eigenem Recht auszuüben.“⁵⁹

Die Begegnung Brills mit dem am 25. April zum Commanding Officer für Weimar ernannten amerikanischen Major William M. Brown, einem Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Columbia University, war durchaus der historischen Bedeutung des „Elefanten“, wo man sich traf, angemessen. Nach einleitenden Gesprächen über die Vergangenheit Brills, über die sich die Amerikaner informiert zeigten, erhielt Brill den Auftrag, Vorschläge für die Reorganisation des politischen Lebens in Weimar einzureichen. Ein solcher Auftrag entsprach nicht ganz seinen eigenen Intentionen. Er wollte nicht in die Landes-, schon gar nicht in die Kommunalpolitik, sondern hatte gerade aus Buchenwald die Erkenntnis mitgenommen, daß es „die objektive Notwendigkeit erfordert, sich der Gestaltung im Reich anzunehmen“⁶⁰. Aber diese begannen, besonders in der Vorstellung der Amerikaner, durch einen Aufbau von unten.

So nahm Brill den Auftrag Browns an und erläuterte diesem schon am nächsten Tag den zunächst anzuwendenden personalpolitischen Grundsatz: „. . . es ist

⁵⁹ BA, NL Brill: Brill an Walter Krusch, 25. 5. 1945. Zu den folgenden Ereignissen s. AsD, NL Brill 1: Bericht über die Regierungstätigkeit in Thüringen vom 25. 4. bis 17. 7. 1945. Der Bericht ist leider unvollständig. Die im Text angegebenen Daten werden von Brill in verschiedenen Briefen wiederholt. Zu allgemein in der Darstellung der Ereignisse in Thüringen im Frühsommer 1945 ist Moraw, S. 67, detaillierter Bouvier, S. 444 ff. Die wenig informativen Darstellungen bei Fuchs (S. 64 ff.) und Mägdefrau/Wahl (S. 198 ff.) leiden deutlich darunter, Brill als „Rechtssozialisten“ zeigen zu wollen.

⁶⁰ Diese Auffassung, hier aus seinem Brief an Werner Hilpert vom 4. 10. 1945 zitiert (BA, NL Brill 26), hat Brill bis in das Frühjahr 1946 vertreten. Sie entsprach den Intentionen des „Buchenwalder Manifests“. Als das Potsdamer Abkommen herauskam, glaubte Brill sogar, darin die völkerrechtlich verbindliche Basis einer zentralen deutschen Politik sehen zu können: „Ich habe mich jedoch“, so schrieb er am 16. 9. 1946 an Dietrich (BA, NL Brill 57), „zwischen März und Mai d. Js. (gem. ist 1946, der Verf.) davon überzeugen müssen, daß die Politik von Potsdam in Bezug auf die Einheit Deutschlands undurchführbar ist.“ Das veranlaßte ihn, im Juni 1946 in die Landespolitik (Hessens) einzutreten.

notwendig, daß an die Stelle der jetzt mehr oder weniger zufällig herangeholten alten Beamten, von denen sich keiner unter der Diktatur der Herren Hitler, Sauckel und Marschler⁶¹ als Antifaschist betätigt hat, Männer und Frauen treten, die durch ihre Vergangenheit, Haltung und Aktivität gegen den Nazismus Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung genießen.“ Um einen solchen Grundsatz in die Tat umzusetzen, empfahl Brill als neue staatliche Funktionsträger in erster Linie jene Antifaschisten, die sich „auf diese Arbeit in einer langen, gefährvollen und ertragreichen illegalen Tätigkeit vorbereitet“ haben und jetzt „mit brennender Ungeduld darauf warten, nach den langen Jahren des antifaschistischen Kampfes und der nazistischen Gefangenschaft zur Arbeit eingesetzt zu werden“⁶². Brown war einverstanden und forderte Brill auf, nach diesen ihm am 27. April vorgelegten Grundsätzen „der Stadt Weimar und dem Landkreis Weimar eine neue Verwaltung zu geben“⁶³. Ein solcher Auftrag erforderte erste personelle Entscheidungen.

Brill hat sich die entsprechenden Vorschläge nicht leicht gemacht. Es lag nahe, daß er sie in erster Linie in Absprache mit Buchenwald-Häftlingen zu treffen suchte. Noch am 27. April 1945 „als erster Deutscher“ offiziell aus diesem KZ entlassen⁶⁴, konnte er dort frei mit Vertretern aller ehemaligen Parteien, insbesondere natürlich mit Sozialdemokraten und Kommunisten, verhandeln. Auch das bereits in Weimar gegründete Antinazi-Komitee bezog er in die Vorgespräche ein. Als Ergebnis unterbreitete er am 30. April den Amerikanern folgende, von allen beteiligten Deutschen gemeinsam getragene Personalvorschläge: Oberbürgermeister sollte Fritz Behr (SPD) werden, der schon vor 1933 stellvertretender Stadtratsvorsitzender in Weimar gewesen war und jetzt noch im KZ Buchenwald saß, Bürgermeister Paul Fleisch (SPD), früher bereits Bürgermeister in Schmiedefeld, der wegen seiner jüdischen Frau in ein Gestapo-Arbeitslager gekommen war, aus dem er am 5. April 1945 hatte fliehen können. Das Arbeitsamt sollte Hermann Schwarz von den Freien Gewerkschaften (früher SPD) übernehmen, das Bauamt Gerhard Mitter (KPD), das Wohnungsamt Paul Schuster (KPD), das Wirtschafts- und Ernährungsamt Alfons Gärtner (DDP) und das Wohlfahrtsamt Elisabeth Zajac-Frölich (SPD)⁶⁵.

⁶¹ Nicht belegt.

⁶² AsD, NL Brill 1: Brill an Brown, 26. 4. 1945.

⁶³ Ebenda, Brill an Michel Müller, 13. 2. 1947.

⁶⁴ Brill, Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 3.

⁶⁵ Ebenda, S. 3 f., und BA, NL Brill 95: Berufung des neuen Stadtvorstands für den Stadtkreis Weimar. Elisabeth Zajac-Frölich war die Frau August Frölichs, des thür. Min.-Präs. von 1920-23, der 1946 erster Landtagspräsident in Thüringen wurde. Alfons Gärtner, ein gebürtiger Elsässer, war 1921 Geschäftsführer der Apoldaer Textil-Industrie und gehörte bis 1933 als Mitglied der DDP dem Stadtrat in Apolda und dem Aufsichtsrat der Thüringer Elektrizitäts- und Gaswerke an. Er galt als Fachmann in allen Wirtschaftsfragen (BA, NL Brill 97: Die politische Entwicklung Thüringens unter der sowjetischen Besetzung, 5. 10. 1947). Gärtner wurde im Sommer 1945 2. Vorsitzender der LDP-Thüringen, galt dort als der einzig „greifbare repräsentative Mann mit Kultur“

Man kann in diesem neuen Stadtvorstand eine Konzentration der antinazistischen Kräfte sehen. Das Stimmenverhältnis – SPD 4, KPD 2, DDP 1 – war von Brill bewußt von den in Thüringen bei den Reichstagswahlen von 1928 und 1932 auf die einzelnen Parteien entfallenen Anteilen abgeleitet worden, natürlich unter Nichtbeachtung der Rechtsparteien. SPD und KPD sollten das „Rückgrat“ des neuen politischen Lebens bilden: „the backbone for the building-up of new political life in Thuringia“⁶⁶. Nicht zu übersehen ist, daß die Kommunisten eine solche Qualitätsstufe nicht ganz erreichten, da sie keine im engeren Sinne politischen Ressorts besetzten. Rücksichtnahme auf die amerikanische Besatzungsmacht, welche die Aktivitäten der Kommunisten bereits moniert hatte⁶⁷, ist als Erklärung zu bedenken.

Major Brown hat am 1. Mai im Weimarer Rathaus den ihm vorgeschlagenen Oberbürgermeister Behr und dessen Stellvertreter Fleisch ernannt; die Ernennung der anderen überließ er entsprechend dem amerikanischen Grundsatz der Selbstverwaltung dem neuen Stadtoberhaupt. Bei einer kleinen Feier wurden kurze Reden ausgetauscht, die den Gehalt der Stunde zu erfassen suchten. Nur Eingeweihte konnten allerdings dabei den in Sonderheit von Brill angesprochenen politischen Hintergrund mitdenken.

Der Amerikaner suchte die Bedeutung des Augenblicks mit den *genii loci* zu erfassen. Er zitierte Goethe: „Wir bekennen uns zu dem Geschlecht, das aus dem Dunkeln ins Helle strebt“, und Schiller: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen“. Behr antwortete beziehungsreich mit Abraham Lincoln: „Ihr könnt das ganze Volk einen Teil der Zeit und einen Teil des Volks die ganze Zeit, aber nicht das ganze Volk die ganze Zeit irreführen.“⁶⁸

(Der Abend, 22. 7. 1948), floh aber im Juli 1948 in den Westen (Der Kurier, 21. 7. 1948).

⁶⁶ BA, NL Brill 95: Brill an Brown, Mai 1945. Bei den Reichstagswahlen v. 20. 5. 1928 hatte die SPD in Thüringen 368 885 Stimmen erhalten, die KPD 138 046, am 31. 7. 1932 die SPD 231 231, die KPD 159 235, ebenda.

⁶⁷ Vgl. Anm. 58.

⁶⁸ BA, NL Brill 95: Berufung des neuen Stadtvorstandes für den Stadtkreis Weimar 2. 5. 1945. Die Verbundenheit Browns mit der deutschen Klassik zeigte sich auch in seinem erfolgreichen Bemühen, die vom Reichsstatthalter Sauckel Ende März 1945 aus der Weimarer Fürstengruft entfernten Sarkophage Goethes und Schillers, die noch am 12. April auf Befehl Sauckels gesprengt werden sollten, sich dann aber unversehrt in einem Bunker in der Nähe des Paradies-Bahnhofs in Jena wiederfanden, unverzüglich und unversehrt nach Weimar zurückbringen zu lassen. Er wollte das sogar am 2. Mai mit einer Trauerparade tun, bekam dafür aber nicht die Erlaubnis des amerikanischen Oberkommandos, da zu diesem Zeitpunkt noch der Kriegszustand herrschte. Den 12. Mai 1945, an dem die Sarkophage dann in einer schlichten Feierstunde wieder an ihren alten Ort überführt wurden, nannte Brown den „Höhepunkt meines Lebens“; AsD, NL Brill 1: Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 7 ff., und BA, NL Brill 339: Goethes zweites Begräbnis. Brill regte damals „aus einem bewegten, deutsch und humanistisch fühlenden Herzen“ bei der juristischen Fakultät der Universität Jena an, Brown „wegen seiner Verdienste um die Rückführung der Särge Goethes und Schillers zum Dr. h. c. zu ernennen“.

Die Rede hatte Brill verfaßt⁶⁹. Sie stand unter dem Motto: „Wir beginnen für Freiheit, Frieden und Humanität“. Das konnte als ein Anknüpfen an die Weimarer Klassik verstanden werden. William M. Brown, ein Verehrer eben dieser Klassik, wird das auch so aufgefaßt haben. Brill hingegen meinte nicht „die literarische, die schöngestige, die spekulative Humanität, die Humanität der gebildeten Menschen in der Form der bürgerlichen Persönlichkeit“. Das war für ihn „eine versunkene Lebensform“⁷⁰. Er meinte „die materialistische Humanität eines neuen Sozialismus“. So stand es als Quintessenz seiner geistigen Widerstandsarbeit im „Buchenwalder Manifest“. Das Motto des 1. Mai 1945 war somit ein eminent politisches. „Für Freiheit, Frieden und Humanität“ war geradezu identisch mit „Für Frieden, Freiheit, Sozialismus“.

Grundsätze dieser Art hatten jetzt in der konkreten Politik ihre Anwendung zu finden. In Weimar wurden sofort alle Straßenschilder mit dynastischen, militärischen und nazistischen Namen durch solche mit republikanischen, demokratischen und sozialistischen ersetzt. Die Ernährungslage war in Thüringen durch Plünderung zentraler Vorratslager und unkontrolliertes Abschlachten großer Viehbestände angespannt, aber wegen der Jahreszeit nicht besorgniserregend⁷¹. Dringender war die Reorganisation der Polizei. Brill legte dazu am 5. Mai 1945 den Amerikanern Vorschläge vor⁷². Das auf die Nationalsozialisten zurückgehende Nebeneinander von städtischer Polizei und einer der Reichsverwaltung unterstellten Gestapo und Kriminalpolizei wollte Brill wieder aufheben. „Hier mußte ganze Arbeit geleistet werden.“ Sicherheits-, Kriminal- und Verwaltungspolizei sollten als die drei Bereiche des Polizeiwesens von einem Polizeidirektor geleitet werden, der „als Beigeordneter der Stadt Weimar Mitglied des Stadtvorstandes“ sein sollte, um so jederzeit informiert und kontrollierbar zu sein⁷³. Brill schlug

Die Fakultät lehnte das zu diesem Zeitpunkt ab, da sie darin eine zu schnelle Anbiederung an die Siegermacht USA sah; BA, NL Brill 95: Brill an Krusch, 23. 5. 1945, und Krusch an Brill, 29. 5. 1945, ebenda, NL Brill 77.

⁶⁹ Brill, Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 4.

⁷⁰ Brill, Arbeiterbildung als Aufgabe der Demokratie, Vortrag 18. 4. 1947; BA, NL Brill 333. Der Gedanke wird an einer anderen Stelle des Vortrags noch einmal so formuliert: „Arbeiterbildung in der Demokratie ist die Aufrichtung einer neuen Humanität. Nicht substanzloser Kosmopolitismus, noch ein literarisches und philosophisches Weltbürgertum, die beide für urbane Globetrotter und Literaten und Künstler angebracht sein mögen, ist unser Ziel. Unser Ziel ist die Verwirklichung konkreter materieller Menschenrechte.“

⁷¹ Zur Ernährungslage in Thüringen s. den Bericht des Landesernährungsamtes v. 11. 5. 1945; StA Weimar, Thür. Min. des Innern III-A-10-42, zit. bei Fuchs, S. 78 und Dok. 20.

⁷² BA, NL Brill 95: Vorschläge für die Reorganisation der Polizei der Stadt Weimar v. 5. 5. 1945.

⁷³ Der demokratischen Kontrolle der Beamten hat Brill auch später große Bedeutung beigemessen, „denn die Bürokratie ist in Deutschland eine stärkere Herrschaftsmacht als die Summe aller demokratischen Elemente“. In Sonderheit sah er für das Ende der Weimarer Republik eine kausale Verbindung zwischen der weitgehend eigenmächtigen Reichsbürokratie und dem Aufkommen des Faschismus: „Es ist kein Zufall, daß dieser

für dieses wichtige Amt ein „Mitglied der DDP“ vor. Für das Personal der Sicherheits- und der Kriminalpolizei benannte er insgesamt 35 Häftlinge aus dem KZ Buchenwald, die zum Teil im Spanischen Bürgerkrieg als Milizoffiziere auf der Seite der verfassungsmäßigen Regierung Negrin gestanden und sich dabei meist zur KPD bekannt hatten.

Die Amerikaner nahmen Brills organisatorische und personelle Vorschläge an, stellten Uniformen und Kraftwagen zur Verfügung, ließen schon in der zweiten Maihälfte die Bewaffnung der deutschen Sicherheitspolizei zu und zogen sich selbst als Verkehrspolizei aus dem Weimarer Stadtbild zurück⁷⁴.

Nach Abschluß dieser ersten Verwaltungsmaßnahmen wurde Brill am 7. Mai 1945 mit der provisorischen Führung der thüringischen Landesregierung beauftragt⁷⁵. Ein solcher Auftrag gab ihm vermehrte Chancen für die Gestaltung des politischen Lebens, fesselte ihn aber auch enger an die Besatzungsmacht und machte ihn darüber hinaus für alle politischen Gruppierungen Thüringens, damals als Ausschüsse, Komitees und Beiräte organisiert, zu einer entscheidenden Zwischenstation auf dem Weg zur politischen Macht.

Alle politischen Entscheidungen waren damals in erster Linie personalpolitische Entscheidungen. Man hatte sie bisher einvernehmlich getroffen. Brill hatte sich sehr darum bemüht, auch wenn nicht zu übersehen ist, daß die KPD dabei nicht in entscheidende Positionen gekommen war⁷⁶. Ein solches Einvernehmen herzustellen, wurde schwieriger, als es darum ging, eine provisorische thüringische Landesregierung zu bilden. In Weimar hatten sich schon Ende April mit Billigung der Militärregierung Emil Friedrich (KPD), Hugo Günther (SPD), Leonhard Moog (DDP) und Dr. Max Kolter (Zentrum) zu einem „Politischen Beirat beim Oberbürgermeister“ zusammengeschlossen⁷⁷. Diese vier meldeten sich

Leviathan den Faschismus gebar.“ Brill, Die Macht der Bürokratie, in: Soz. Jhh. 1 (1947), S. 524 f.

⁷⁴ Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 5.

⁷⁵ Ebenda, S. 6, und AsD, NL Brill 1: Brill an Müller, 13. 2. 1947.

⁷⁶ Brill hatte die Aktivitäten der KPD vor den Amerikanern „von Fall zu Fall... richtig verstecken müssen“; AsD, NL Brill 1: Brills Rede vor dem BdS 8. 7. 1945.

⁷⁷ BA, NL Brill 95: Der Politische Beirat beim Oberbürgermeister an Dr. Behr, 11. 5. 1945. Den Beirat hatte noch Behrs Vorgänger Kloß gegründet; Kloß an Antinazi-Komitee Weimar, 28. 4. 1945, a. a. O. Die Demokraten (Leonhard Moog) waren dabei berücksichtigt worden, obwohl sie seit den Kommunalwahlen vom Dezember 1929 in Weimar keinen Vertreter mehr im Stadtrat gehabt hatten. Moog hatte sich deswegen 1930 auch nicht mehr zur Landtagswahl gestellt, sondern sich völlig aus der Politik zurückgezogen (BA, NL Brill 57: Brill an Dietrich, 16. 9. 1946). Moog galt allerdings 1945 als unentbehrlicher Fachmann für Finanzfragen. Er wurde bereits am 12. 5. 1945 Minister für Finanzen und blieb dies trotz aller politischen Umschwünge bis Anfang 1950. Zwischenzeitlich, nach Pauls Rücktritt als Min.-Präsident (21. 9. 1947) und vor Eggeraths Wahl zum neuen Min.-Präsidenten (8. 10. 1947), war Moog sogar kommissarischer Min.-Präsident von Thüringen. Ende 1950 kam der Umschwung. Die DDR machte Moog in Abwesenheit – dieser war im Januar 1950 nach Berlin-West geflohen – einen Schaulprozeß; vgl. Tägliche Rundschau, Ausgaben Dezember 1950.

jetzt zu Wort. Sie unterbreiteten Brill am 11. Mai „endgültige Vorschläge“ für die Besetzung der einzurichtenden Ministerämter. Die Namen Moog (Finanzen), Wolf (Volksbildung), Friedrich und Kolter (Wirtschaft), Blaicher und Fiedler (Gauwirtschaftskammer), Günther (Thüringenwerk) und Burckhardt (Gagfah) wurden neben Brill (Reg.-Präsident und Innenministerium) genannt. Die KPI benannte noch zusätzlich Ernst Busse, ihren späteren 1. Vorsitzenden in Thüringen⁷⁸.

Die Amerikaner zögerten die Genehmigung lange hinaus. Ende Mai waren erst Brill, Moog, Wolf und Kolter im Amt, ein Mitglied für jede Partei, im Juni kamen Alfons Gärtner (Landesamt für Industrie, Handel und Gewerbe) und Ernst Busse (Landesarbeitsamt) hinzu, und am 16. Juli, als schon die Sowjetunion seit zwei Wochen die neue Besatzungsmacht war, noch Friedrich Buchwald (Landesamt des Innern) und Georg Appell (Landesverkehrsamt)⁷⁹. Die Bezeichnung „Landesamt“ bringt zum Ausdruck, daß die Amerikaner keine Ministerien zuließen, weil dieser Begriff eine höhere politische Eigenständigkeit der Deutschen impliziert hätte. Doch die Ressortenteilung war traditionell, die Besetzung personalpolitisch ausgewogen, „ein kleines parlamentarisches Kunststück“, wie Brill meinte⁸⁰.

Ein „parlamentarisches“ Kunststück war es sicher nicht. Das „Volk“ war in keiner Weise beteiligt worden. Doch in der Abneigung gegen eine allzu frühzeitige demokratische Legitimierung und Kontrolle trafen sich damals Brills Vorstellungen mit denen der Amerikaner. Während seiner Verhandlungen im Mai hatte Brill Vertretern der amerikanischen Militärregierung ausdrücklich von baldigen plebiszitären Aktionen irgendwelcher Art abgeraten⁸¹. Solange nicht die Nationalsozialisten aus allen öffentlichen Ämtern und „from the whole sphere of social life“ eliminiert seien, sei es ein Ausdruck politischen Scharfsinns („a matter of political shrewdness“), „to select the new antifascist heads of department in all government offices“. Nur so sei „the foundation of public life with profound thoroughness“ gewährleistet. Der von Brill 1937/38 sehr idealistisch beschriebene „neue Mensch“, der richtungsweisend und erziehend der Masse voranzugehen habe, erhielt jetzt, im Mai 1945, konkrete Züge und Aufgabenfelder. Es wird sich bald zeigen, daß das dahinterstehende elitäre Demokratieverständnis

⁷⁸ Busse war während seiner Häftlingszeit im KZ Buchenwald 2. Lagerältester gewesen. 1946 wurde er Vizepräsident des Thür. Landtags. Als er zu dieser Zeit mit Giftspritzungen im KZ in Verbindung gebracht wurde, mußte er – zusammen mit Walter Wolf – im Sommer 1947 gehen. Der SSD der DDR verhaftete ihn im Juli 1950 „wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (Der Abend, 21. 7. 1950). 1953 kam er auf ungeklärte Weise zu Tode. Der Öffentlichkeit war er inzwischen als „Schlächter von Buchenwald“ bekannt (Der Abend, 11. 9. 1953).

⁷⁹ BA, NL Brill 96: Aktennotiz vom 26. 5. 1954, und BA, NL Brill 95: Regierungsblatt für die Provinz Thüringen Nr. 1 vom 16. 7. 1945.

⁸⁰ Rede Brills vor der 1. Landeskonferenz des BdS am 8. 7. 1945, S. 14.

⁸¹ BA, NL Brill 95: Brill an Brown, Mai 1945.

Brills, obnehin in gewissem Widerspruch zu den im „Buchenwalder Manifest“ betonten urdemokratischen Anfängen, in Thüringen auf Widerstand stieß.

Die Bildung der Landesregierung ging einher mit einer Gebietsreform. Aus drei ganz verschiedenen früheren Verwaltungsbereichen, dem Land Thüringen, dem preußischen Regierungsbezirk Erfurt und dem zur ehemals preußischen Provinz Kurhessen gehörenden Kreis Schmalkalden, erstand nach Brills Vorschlag die Provinz Thüringen⁸². Heinrich Hoffmann, ein wenige Wochen später im Hintergrund agierender Gegenspieler Brills, gratulierte diesem zu der mit der Gründung der Provinz Thüringen am 9. Juni 1945 verbundenen Ernennung zum Reg.-Präsidenten mit dem ersten gedruckten Exemplar des „Buchenwalder Manifests“. Das war ein sinnfälliges Geschenk. Etwas burschikos wirkte der Schlußsatz seines Begleitschreibens: „Und nun wollen wir in Thüringen nach holsteinerischer Art ‚Klar Schiff‘ machen. Gib das Kommando ‚Voll Dampf voraus!‘“⁸³

Der Anfang mußte in der Verwaltung gemacht werden. Da lag ein besonderes Bedürfnis vor. In Thüringen war der gesamte Behördenapparat schon frühzeitig mit Nationalsozialisten durchsetzt worden. Hier hatte die NSDAP 1926 ihren ersten Parteitag abgehalten, Sauckel war 1927 Gauleiter geworden, Wilhelm Frick 1930 als erster Nationalsozialist (Innen- und Volksbildungs-)Minister, und die NSDAP hatte in Thüringen bei den Landtagswahlen von 1932 mit über 42 % den größten Stimmenanteil errungen, so daß sie schon zu dieser Zeit fast allein die Landesregierung stellen konnte⁸⁴. Rigorose Säuberungsmaßnahmen waren also 1945 zu treffen. Den Amerikanern gegenüber nannte Brill dies „the most urgent work to be done in this country“⁸⁵. Er suchte ihre reinigende und zugleich sühnende Kraft oft durch den Gebrauch des griechischen Wortes „Katharsis“ zu verdeutlichen.

Die „Richtlinien für die Reinigung der Verwaltung von nazistischen Elementen“, die Brill entwarf und am 26. Mai zusammen mit Moog, Wolf und Kolter unterzeichnete, waren sein ureigenstes Werk, von ihm selbst „mein geistiges Eigentum“ genannt⁸⁶. Obwohl die Amerikaner auf der Konferenz von Jalta im

⁸² BA, NL Brill 95: Thüringen 9. 6. 1945, mit Richtlinien für eine neue Verwaltungsordnung. Brill brachte mit diesem Vorgang einen von ihm schon 1920 mitgetragenen Prozeß einer geographisch-politischen Flurbereinigung Thüringens zum Abschluß. Vgl. dazu Thape, S. 255.

⁸³ BA, NL Brill 94: Hoffmann an Brill, 9. 6. 1945.

⁸⁴ Vgl. Bouvier, S. 444 f. Am 19. 9. 1945 gab Reg.-Präsident Paul auf einer Konferenz der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister Thüringens den früheren Anteil der Nationalsozialisten unter den Lehrern in Thüringen mit 98 % und in der Kommunalverwaltung mit 96 % an; StA Weimar, Der Ministerpräsident Nr. 246, zit. bei Fuchs, S. 55.

⁸⁵ Vgl. Anm. 81.

⁸⁶ So in seiner Rede auf der 1. Landeskonzferenz des BdS am 8. 7. 1945, S. 14. Der Entwurf der Richtlinien in: BA, NL Brill 96. Starke Worte zur Katharsis in Thüringen fand auch Ernst Busse: „Durch keine Weichheit, keine Nachsichtigkeit, darf den gewesenen Trägern dieser verbrecherischen Staats- und Gesellschaftsführung erlaubt werden, sich der Verantwortung und Strafe zu entziehen. Kein Weg darf sie wieder zur Betätigung oder in

Februar 1945 mit den Sowjetrussen und Engländern verabredet hatten, „alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten“, und obwohl sie diesen Grundsatz noch einmal in ihrer „Proklamation Nr. 1“ im Mai 1945 bestätigt hatten⁸⁷, akzeptierten sie Brills Richtlinien jetzt nur zum Teil⁸⁸. Die Kontroverse ist nicht ohne Bedeutung und verdient eine genauere Darstellung.

Brill hatte den allgemeinen Grundsatz des „Buchenwalder Manifests“ („Alle Beamte, die als Träger der Diktatur tätig gewesen sind, müssen unverzüglich den öffentlichen Dienst verlassen.“⁸⁹) differenziert. Es sollte nach drei Kategorien entschieden werden. In die erste waren alle „alten Kämpfer“ aufzunehmen, d. h. Beamte, Angestellte und Arbeiter, die vor dem 23. März 1933 – am 24. März 1933 wurde das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das sog. Ermächtigungsgesetz, verkündet – der NSDAP beigetreten waren. Für die zweite sollte der 30. April 1937 Stichtag sein, für die dritte der 8. Mai 1945. Entsprechend abgestuft waren die zu ergreifenden Maßnahmen.

Alle Betroffenen waren sofort vom Dienst zu suspendieren, die „alten Kämpfer“ ohne Versorgungsbezüge, die der zweiten Kategorie mit dem Recht, nach Ablauf von drei Monaten einen Antrag auf solche Bezüge zu stellen, die ihnen dann „widerruflich auf Zeit“ gewährt werden konnten, und die der dritten Kategorie mit einem Rechtsanspruch auf einen Teil ihrer Versorgungsbezüge. Strenge Sicherungsmaßnahmen sah Brill gegen die „alten Kämpfer“ vor. Sie waren „summarisch in Polizeihaft zu nehmen und einem Ermittlungsverfahren zu unterwerfen“. Ihr Sach- und Geldvermögen (Kraftfahrzeuge, Schreibmaschinen, Telefon und anderes) sollte eingezogen, ihre Familien sollten polizeilich überwacht werden. Gelten sollten solche Maßnahmen bei Beamten vom Reg.-Rat aufwärts, bei den Angestellten und Arbeitern in den entsprechenden Gruppen. Ausnahmen waren nur dann zulässig, „wenn die Betreffenden nur unter dem recht-

Positionen führen... Das deutsche Volk muß wissen, daß diese Bürokratie das Rückgrat dieser Diktatur bildete und daß dieses Rückgrat gebrochen werden muß. Deutschland muß erkennen, daß alle diese Ämter gesäubert werden müssen.“ Busse an Anonymus, 5. 6. 1945, in: AsD, NL Brill 1. Eine Mitarbeit des „Schlächters von Buchenwald“ an Brills Richtlinien ist nicht nachweisbar, dagegen trägt dieser als Innenminister mit Paul als Reg.-Präsidenten die Verantwortung für die Ende Juli stark abgeschwächt herausgegebenen Reinigungsrichtlinien; s. Brills Marginalie zum oben genannten Brief. Zu Busse vgl. Anm. 78.

⁸⁷ Dort hieß es: „In dem deutschen Gebiet... werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben.“ Fuchs, Dok. 21.

⁸⁸ Man muß hier im Auge behalten, daß es in der Proklamation Nr. 1 auch hieß: „Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf weiteres auf ihrem Posten zu verbleiben.“

⁸⁹ „Buchenwalder Manifest“, S. 98.

lichen Zwang einer Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation eine Anstellungsprüfung ablegen oder zu einer beruflichen Anstellung zugelassen werden konnten“. Für diesen Fall behielt sich Brill in seiner Eigenschaft als Reg.-Präsident eine Entscheidung persönlich vor.

Die Sicherungsmaßnahmen folgten dem Grundsatz des „Buchenwalder Manifests“, alle durch ihre aktive oder auch passive Mitgliedschaft belasteten Personen „schnell, streng und gerecht“ auszusondern und gegebenenfalls „einem Strafvollzug nach ihren eigenen Anschauungen zu unterwerfen“⁹⁰. Brill hat auch an eine gelegentliche Rechtspraxis in Deutschland vor 1933 angeknüpft⁹¹. Trotzdem war er den Amerikanern zu rigoros. Sie genehmigten am 26. Mai nur den ersten Teil der Richtlinien, der sich auf die „alten Kämpfer“ bezog, und den lediglich für die Stadt und den Landkreis Weimar⁹².

Auch in Teilen der deutschen Bevölkerung Thüringens wurde Brill dieser Richtlinien wegen „als rigoroser Moralist verschrien“⁹³. Doch ein solches Urteil verkennt das aus dem intendierten politischen Neuanfang abgeleitete notwendige Ausmaß einer Katharsis. Brill hat sofort nach dem Einzug der sowjetischen Besatzungsmacht in Thüringen (1.–3. Juli 1945) erfolgreich bei dieser die Erlaubnis erbeten, „alsbald nach diesen Richtlinien verfahren zu dürfen, damit endlich die nazistischen Elemente aus der öffentlichen Verwaltung entfernt werden können“⁹⁴. Sein Nachfolger im Amt des Reg.-Präsidenten, Rudolf Paul, hat sie jedoch in einer neuen Verordnung vom 23. Juli 1945 so sehr entschärft, daß Anfang September die Behörden Thüringens noch zu 50 % mit belasteten Personen durchgesetzt waren, Ende Oktober noch mit 32,1 %⁹⁵.

⁹⁰ Ebenda. Schon in der „Freiheit“ von 1937 (S. 69) hatte Brill geschrieben: „Schnell, streng und gerecht wird die Volksfront das deutsche Volk von den Verbrechern der Diktatur reinigen.“ Das Urteil im Nürnberger Prozeß hat Brill im Oktober 1946 so begrüßt: „Streng, aber gerecht sind die Nürnberger Verurteilten aus der menschlichen Gesellschaft ausgemerzt worden.“ Brill, Von Jena bis Nürnberg.

⁹¹ Am 9. März 1931 hatte der Thüringer Disziplinarhof in Übereinstimmung mit einem Rechtsspruch des 4. Senats des Reichsgerichts vom 10. Februar 1931 einen Polizeioffizier deswegen eines Dienstvergehens beschuldigt und entlassen, weil dieser offen für die NSDAP eingetreten war (Allg. Thür. Landeszeitung, 28. 2. 1932). Brill war zu dieser Zeit selbst Richter am Thür. Disziplinarhof.

⁹² Clark an den Landrat des Landkreises Weimar, 26. 5. 1945, bei Fuchs, Dok. 29. Die Ablehnung der Richtlinien begründete Brill später damit, daß die Amerikaner sich „nicht in unsere Verhältnisse hineindenken“ konnten (Brill vor der 1. Landeskonferenz des BdS, 8. 7. 1945).

⁹³ BA, NL Brill 28: Brill an Paul Lärtz, 4. 9. 1946.

⁹⁴ Am 5. 7. 1945 teilte Brill allen Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern in Thüringen mit, daß die Richtlinien „die Billigung des Vertreters des Oberkommandos der russischen Besatzungstruppe gefunden“ hätten (BA, NL Brill 96).

⁹⁵ Die von Paul vorgenommene Entschärfung bestand besonders darin, daß die Richtlinien erst vom Reg.-Direktor an aufwärts – bei Brill vom Reg.-Rat an – gelten sollten (BA, NL Brill 96: Verordnung über die Reinigung der öffentlichen Verwaltung von Nazi-Elementen vom 23. 7. 1945). Die Angaben über den Anteil der belasteten Beamten in der Verwaltung Thüringens bei Fuchs, S. 117, mit Belegen.

Widerstände, welche die Amerikaner der Säuberung der Verwaltung entgegensetzten, kündigten sich im Juni auch im engeren politischen Bereich an. Am 15. Mai 1945 hatte sich aus dem Buchenwalder „Thüringen-Komitee“ und dem Weimarer „Antinazi-Komitee“ ein „Thüringen-Ausschuß“ gebildet, eine Operationsbasis der sich bisher in Thüringen politisch nicht ausreichend repräsentiert fühlenden Kommunisten. Vorsitzender war Johannes Brumme (KPD). Der „Thüringen-Ausschuß“ forderte von Brill, daß entsprechend dem Beispiel des „Politischen Beirats beim Oberbürgermeister“ der Stadt Weimar und örtlicher Antifaschistischer Komitees auch bei der Landesregierung ein „Thüringen-Beirat“ einzurichten sei. Brill ging auf dieses Verlangen am 4. Juni ein und lud je drei kommunistische (Hugo Günther, Johannes Brumme und Richard Eyer mann) und sozialdemokratische (Kurt Böhme, Elisabeth Zajac-Frölich und Heinrich Hoffmann) Vertreter, einen der Demokratischen Partei (Felix Zumhasch) und einen der Christlichen Demokraten (Fritz Franz) zur konstituierenden Sitzung eines solchen Gremiums für den 8. Juni ein⁹⁶. Das Stimmenverhältnis 3 – 3 – 1 – 1 berücksichtigte die Dominanz und Gleichrangigkeit der beiden Arbeiterparteien.

Auf der Sitzung beschlossen die Genannten die Gründung des Beirats und verabredeten wöchentliche Konferenzen mit dem Reg.-Präsidenten, auf denen alle politischen Entscheidungen koordiniert werden sollten. Sie forderten außerdem die Mitsprache bei personalpolitischen Entscheidungen. Dies bedeutete eine Schmälerung Brillischer Kompetenzen, denn nach den „Richtlinien für eine Landesverwaltungsordnung“ von Anfang Juni sollte der Reg.-Präsident „allein für die Personalpolitik verantwortlich“ sein⁹⁷. Jedoch fügte sich der Vorstoß der Kommunisten dem von Brill selbst ins Auge gefaßten Rahmen einer von einer politischen Elite gelenkten Übergangsphase ein, in der „the new antifascist heads of department in all government offices“ Fuß fassen sollten. Ein anderer Vorstoß offenbarte die Problematik, die in einem elitär vollzogenen demokratischen Neuanfang lag.

Anfang Juni 1945 war das „Buchenwalder Manifest“ im Druck erschienen. Den Sozialdemokraten in Berlin war es noch nicht bekannt, denen aus den Westzonen erst recht nicht, wohl aber den politisch Interessierten in Thüringen. Das Geraer Antifa-Komitee, vermutlich das erste seiner Art in Thüringen⁹⁸, berief sich darauf. Am 20. Juni warfen Vertreter dieses Komitees Brill mit dessen eigenen Worten vor: „Wir erstreben einen neuen Typ der Demokratie, der sich nicht in einem leeren formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen in Stadt und Land eine öffentliche Betätigung in Politik und Verwaltung ermöglicht.“ Sie konstatierten, daß in Thüringen unter der Präsidentschaft Brills,

⁹⁶ BA, NL Brill 95: Brumme an Brill, 4. 6. 1945 (2 Schreiben). Die Bezeichnungen schwanken zwischen Thüringen-Ausschuß und Thüringen-Beirat. Dies ist als Ausdruck hektischer und sich überschneidender parteipolitischer Aktivitäten kurz vor der Zulassung der offiziellen Parteigründungen anzusehen.

⁹⁷ Ebenda: Richtlinien für eine Landesverwaltungsordnung, Juni 1945.

⁹⁸ Vgl. Bouvier, S. 448 f.

der doch der geistige Urheber dieses Manifests war, „zwischen Theorie und Praxis ein riesenhafter Unterschied besteht“⁹⁹. In Gera empfand man den Aufbau der neuen Landesregierung als zu elitär, formal und traditionalistisch. Obwohl Brill früher angekündigt habe, für einen Wiederaufbau Deutschlands das „seelische Reservoir der Arbeiter und Bauern“ heranzuziehen, habe er in Weimar einen solchen Vorsatz nicht realisiert. Die Geraer Genossen forderten ihn deswegen auf: „Das privilegierte Berufsbeamtentum ist abzuschaffen und durch ein hochqualifiziertes, sauberes, sozial modernes Volksbeamtentum zu ersetzen . . . Die ganze Juristerei muß revidiert werden und fähige Köpfe aus der Arbeiterschaft auch in allen rechtlichen und gerichtlichen Angelegenheiten herangezogen werden, denn wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat.“ Die „Massen der Werkstätigen in Stadt und Land“ sollten mobilisiert und die Regierung in eine Industriestadt verlegt werden („weg von Weimar“)¹⁰⁰. Das war eine direkte Anknüpfung an den Geist der thüringischen Landschaft, das war das alte Erfurter Programm.

Brills Bemühen, an den Anfängen deutscher Politik in Thüringen die Vertreter aller antifaschistischen Parteien zu beteiligen, den dominanten Einfluß aber den beiden alten Arbeiterparteien zu sichern, ist nicht zu übersehen. Eine schlagartige Verwandlung des Staats- und Verwaltungsapparates, wie ihn die Gegner am 20. Juni gefordert hatten, war illusorisch. Die amerikanische Besatzungsmacht hätte dazu nicht ihre Genehmigung gegeben, „fähige Köpfe aus der Arbeiterschaft“ konnten gar nicht in der benötigten Zahl zur Verfügung stehen. Auch Brill wollte den Staat, „das alte morsche Ding“, auf eine neue Basis stellen. Doch dies sollte nicht revolutionär geschehen, sondern „vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre“ bedacht und eingeleitet werden¹⁰¹. Eine Übergangsphase, notwendigerweise von den dazu durch ihren Widerstand besonders legitimierten „neuen Menschen“ elitär, aber mit kollektiver Verantwortung gestaltet, hatte die spätere, die urdemokratische Phase vorzubereiten. Am 8. Juli 1945 umriß Brill in einer öffentlichen Rede vor ehemaligen thüringischen Sozialdemokraten dieses Konzept. Der politische Zusammenhang, in den die Rede gehört, sei kurz vorausgeschickt.

Gemäß der am 12. September 1944 von der „European Advisory Commission“ in London getroffenen und in Jalta im Februar 1945 von den drei Alliierten nicht geänderten Absprache über den Zonengrenzverlauf in Deutschland zogen sich die amerikanischen Truppen vom 1. bis 3. Juli aus Thüringen und den Teilen Sachsens, die sie erobert hatten, zurück. Sowjetrussische Verbände rückten sofort nach. In direktem Zusammenhang damit steht der Beginn einer partei-

⁹⁹ BA, NL Brill 95: Antifa-Komitee Gera an Brill, 20. 6. 1945.

¹⁰⁰ Brill selbst hatte im „Buchenwalder Manifest“ (S. 98) dafür plädiert, „zuerst . . . in allen Orten antifaschistische Volksausschüsse zu bilden“, sie auf eine „urdemokratische“ Grundlage zu stellen, um von dort aus einen Volkskongreß zu berufen, der eine Volksregierung einzusetzen und eine Volksvertretung zu wählen habe.

¹⁰¹ Vgl. Anm. 39.

politischen Renaissance in Thüringen. Mit einem Schlage traten Fragen der Reinigung und Reorganisation der Behörden in den Hintergrund – nur am Rande des Interesses blieb die „Verordnung über die Beschlagnahme der Vermögen aller Nazis“ vom 7. Juli 1945 als eine Konsequenz der Reinigungsrichtlinien¹⁰² – und parteiorganisatorische und -ideologische in den Vordergrund. Der Befehl Nr. 2 der russischen Besatzungsmacht vom 10. Juni 1945 bot die Voraussetzung dazu. Das Geschehen der nächsten Tage glich auch in Thüringen einem Kampf um die Gunst der Stunde und blieb nicht ohne dramatische Akzente.

Noch am 3. Juli gaben als erste die Kommunisten Thüringens eine Zeitung heraus, die „Thüringer Volkszeitung“¹⁰³. Die Sozialdemokraten riefen für denselben 3. Juli 42 ihrer ehemaligen Mitglieder zu einer Gründungsversammlung in den Sitzungssaal des Reg.-Präsidiums in Weimar. Initiator scheint Heinrich Hoffmann gewesen zu sein.

Es ist den zur Verfügung stehenden Quellen nicht eindeutig zu entnehmen, ob Brill von dieser Entwicklung überfahren wurde. Zumindest entsprach es nicht seinen Intentionen, die alte Parteienlandschaft zu restaurieren. Das war für ihn sogar ein grundlegender Fehler. Die Antifa-Komitees waren in seinen Augen ein richtiger Anfang gewesen, ihnen wäre jetzt eine andere organisatorische Struktur, ideologische Schulung und dazu eine im Zeichen des Sozialismus geeinte Massenbasis zu geben, „eine“, wie Brill selbst durchaus erkannte, „ungeheure politische Aufgabe der Erziehung, der Organisation, der Kritik der politischen Übung und der Kontrolle“¹⁰⁴. Diese Aufgabe suchte er jetzt anzufassen.

Am 3. Juli 1945 versammelten sich 21 ehemalige thüringische SPD-Mitglieder. Elf von ihnen gehörten inzwischen der Provinzialregierung an (Brill, Böhme, Hoffmann, Schultes, Appell, Heilmann, Känsche, Keneter, Brack, Carnarius und Thierfelder), sieben der Weimarer Kommunalverwaltung (Behr, Fleisch, Zajac-Frölich, Baumeister, Braun, Soback und Treyße), einer (Hildebrandt) war Landrat in Meiningen, und nur zwei (Pohle und Henninger) waren bisher ohne eine öffentliche Stellung¹⁰⁵. Die Auflistung zeigt, daß sich im wesentlichen jene Personen trafen, die zum engeren Führungskreis um Hermann Brill gehörten. Das „geistige Reservoir der Arbeiter und Bauern“ fehlte.

Brill konnte die Versammelten zu dem einstimmig gefaßten Beschluß bewegen, „daß es eine aus der gegenwärtigen Entwicklung heraus gebotene Notwendigkeit ist, sofort zur Gründung einer Ortsgruppe des Bundes demokratischer

¹⁰² BA, NL Brill 96: Verordnung über Beschlagnahme der Vermögen aller Nazis, 7. 7. 1945.

¹⁰³ Fuchs, S. 169.

¹⁰⁴ Dies eine grundlegende Auffassung Brills, hier zitiert aus seinem Aufsatz „Die Revolution der Freiheit“. Dort findet sich auch eine andere Wendung desselben Gedankens: „Keine politische Verfassung, die eine demokratische sein will, hat Aussicht auf Bestand, wenn nicht gleichzeitig eine Änderung der politischen Struktur stattfindet.“ Soz. Jhh. 2 (1948), S. 126 f.

¹⁰⁵ AsD, NL Brill 1: Protokoll der Sitzung v. 3. 7. 1945. Die Personalangaben wurden von Frau Martha Brill ergänzt.

Sozialisten – SPD zu schreiten“¹⁰⁶. Man wählte August Frölich, Heinz Baumeister, Cäsar Thierfelder, Paul Hildebrandt und Marie Carnarius in einen provisorischen Vorstand (Frölich, den ehemaligen Ministerpräsidenten Thüringens, in Abwesenheit). Ein Bezirksvorstand wurde per Akklamation vorläufig mit Hermann Brill, Rudolf Jungmann und Kurt Böhme besetzt (Jungmann in Abwesenheit). Eine Bezirks- und auch eine Landeskonferenz nahm man in Aussicht und gab dafür sofort „Richtlinien des Bundes demokratischer Sozialisten“ in Auftrag. Von diesen organisatorischen Vorgängen, noch mehr von den darin manifest werdenden politischen Absichten, sollte sogleich das „Antinazi-Komitee“ in Weimar, die Vorstufe der KPD, in Kenntnis gesetzt werden. Der Gründungsschwung wurde beibehalten. Am 5. Juli gab es einen Landesverband des BdS, in dessen Namen Böhme und Hoffmann zu einer 1. Landeskonferenz für den 8. Juli 1945 einluden¹⁰⁷.

Es war nur natürlich, daß Brill die „Richtlinien des BdS“ verfaßte. Trotz knapper Formulierungen¹⁰⁸ ist nicht zu übersehen, daß er dabei eher an den Tenor seiner Widerstandsschriften von 1937/38 anzuknüpfen bemüht war als an den des „Buchenwalder Manifests“. Im KZ hatte er Anfang April 1945 den politischen Neubeginn so skizziert: „Zuerst haben sich in allen Orten antifaschistische Volksausschüsse zu bilden, die sobald als möglich durch Heranziehung antifaschistischer Organisationen auf eine urdemokratische Grundlage zu stellen sind“¹⁰⁹. In den „Richtlinien des BdS“ schrieb er nun Anfang Juli: „Während früher die Masse sich ihre Führer erwählte und diese sich in der Organisation für die späteren Aufgaben schulten, müssen jetzt die Führer erst ihre Gefolgschaft suchen, sie organisieren und ihr eine einheitliche Meinungs- und Willensbildung anerziehen. Es kann daher zur Zeit, noch in naher Zukunft, weder von einer demokratischen Organisationsform noch von einer Demokratie im öffentlichen oder staatlichen Leben die Rede sein. Wir werden vielmehr zu einem System kommen müssen, das eine Synthese von Autorität und Demokratie darstellt: die autoritäre Demokratie!“ Männer „aus einem bestimmten Kreis aufbauwilliger antifaschistischer Kräfte, der sich durch gemeinsames Schicksal und gemeinsamen Willen zusammengefunden hat“; sollten als Führungselite mit „Kollektiv-Verantwortung“ für „eine mehrere Jahre dauernde Frist“ vorangehen, weil die Masse der Bevölkerung aus ihrer politischen Lethargie heraus keine Eigeninitiative entwickeln und wegen ihres nur unvollkommen ausgebildeten politischen Verständnisses keine Eigenverantwortung übernehmen könne.

Die Richtlinien sind für einen internen Mitarbeiterkreis, für die Elite selbst, geschrieben worden. Das beeinflusste sicher manche Gedankenführung. Im Kern

¹⁰⁶ Ebenda. Im Rückblick hat Brill diesen 3. 7. 1945 als Datum der Gründung der SPD Thüringens angegeben; AsD, NL Brill 1: Brill an Baehre, 18. 3. 1946.

¹⁰⁷ Protokoll, 5. 7. 1945.

¹⁰⁸ AsD, NL Brill 1: Richtlinien des Bundes demokratischer Sozialisten, Anfang Juni 1945.

¹⁰⁹ „Buchenwalder Manifest“, S. 98.

jedoch dokumentieren sie die bei Brill immer erkennbare Abneigung gegen eine aus eigenem Antrieb revolutionäre Masse. Er suchte schon 1914 das Konzept einer autoritär-demokratischen Übergangsphase zu entwickeln. Zweifel an der Realisierbarkeit eines solchen Programms im Thüringen des Jahres 1945 sind angebracht. Briefe wie der des Geraer Antifa-Komitees vom 20. Juni machten deutlich, daß zumindest Teile der Bevölkerung, eben der „urdemokratischen Grundlage“, einer solchen Überleitungsphase keine Sympathie entgegenbrachten. Wie würden die ehemaligen Sozialdemokraten in corpore reagieren, wie die Kommunisten, wie schließlich die sowjetische Besatzungsmacht? Antworten auf derlei Fragen mußten die nächsten Julitage bringen.

Am 8. Juli 1945 hatten sich 250 ehemalige SPD-Mitglieder im Saal des alten thüringischen Landtags zu der 1. Landeskonferenz des BdS zusammengefunden. Hoffmann, von der Landeskonferenz zum 2. Vorsitzenden gewählt¹¹⁰, stellte den Versammelten den BdS als eine „vom Geiste echten freiheitlichen Weltbürger-tums und von der großen Tradition des internationalen Sozialismus“ bestimmte politische Vereinigung vor. Den geistigen Horizont spannte er vom Mittelalter bis in die Moderne. Es fielen die Namen Thomas Morus, John Stuart Smith, Rousseau, Saint Simon, Kant, Fichte, Hegel, Marx, Engels, Lessing, Goethe, Schiller, Grabbe, Büchner, Heine, Herwegh, Freiligrath, Tolstoi, Dostojewski, Gorki, Upton Sinclair, Jack London, Plechanow, Lenin, auch der Stalins und weiterer Sozialisten und Dichter. „Welch eine weite Welt tut sich auf!“

In der Tat, der Rahmen war weit. Doch auch durch Namen (Plechanow und Stalin etwa) belegte Widersprüche waren nicht zu übersehen. Brill enthielt sich solcher bedenklichen Aufrisse. Er stellte seine programmatische Rede unter die Kampffparole des sozialistischen Widerstands: „Neu beginnen!“. Das gab zu erkennen, daß er jetzt endlich die Zeit gekommen sah, die in der Illegalität entwickelten Theorien zur Maxime eines legalen gesellschaftlichen und staatlichen Wiederaufbaus zu machen. Was er seit seiner Entlassung aus dem KZ Buchenwald in Weimar und Thüringen getan hatte, gewann durch diese Rede wieder den Charakter dessen zurück, was es in seinen Augen war, kommunal- und landespolitische Übergangsmaßnahmen, Reinigung und Reorganisation unter den Augen der amerikanischen Besatzungsmacht. Jetzt, vor dem Forum der 1. Landeskonferenz des BdS, wollte Brill den eigentlichen Neubeginn, die „Gestaltung im Reich“, einleiten.

Die Konturen müssen ehemaligen SPD-Genossen nicht unbedingt vertraut geklungen haben. „Das sozialdemokratische Zeitalter ist zu Ende“, sagte Brill, auch das der KPD. Beide Parteien hätten in der Weimarer Republik versagt, die eine mit der „Theorie von dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“, die andere mit der „Theorie von dem revolutionären Aufstand“. Unter diese Vergangenheit sei ein „Schlußstrich“ zu ziehen. Eine solche Einschätzung kann-

¹¹⁰ AsD, NL Brill 1: Protokoll der 1. Landeskonferenz des Bundes demokratischer Sozialisten – SPD, 8. 7. 1945.

ten die Zuhörer durch einen Rückblick in die Geschichte nachvollziehen. Aber das Neue – von Brill am 8. Juli nur mit den im „Buchenwalder Manifest“ niedergelegten Skizzen über „eine neue Form der Demokratie“, die Volksdemokratie, und mit knappen Ausführungen über Rechtsstaatlichkeit und Sozialisierung der Wirtschaft vorgetragen und summarisch in die Formel gefaßt: „Der Sozialismus ist die unmittelbare Gegenwartsaufgabe“ – blieb schemenhaft. Hinweise, die möglicherweise hätten klärend wirken können, Hinweise auf eine „autoritäre Demokratie“ als Übergangsphase, gab Brill vor diesem Forum nicht. Die häufig in seine Rede eingestreuten Bemerkungen über einen durch Erziehung und Bildung neu geformten Menschen konnte nur verstehen, wer in Brills Gedankengänge eingeweiht war. Klarer wurde indessen allen Zuhörern der erste Schritt auf dem Weg zum Sozialismus.

Was das Zentralkomitee der KPD und der Zentralaussschuß der SPD am 15. Juni 1945 in Berlin beschlossen hatten (gegenseitiges Verständnis, Blockbildung, Arbeitsgemeinschaft, Durchführung gemeinsamer Aktionen), hielt Brill für „viel zu wenig, viel zu allgemein“. Auch glaubte er in solchen Absprachen „viel zu viele Gefahren“ zu sehen, „die ein Sonderdasein der KPD ermöglichen“¹¹¹. Das konnte er als Mitglied der thüringischen Landesregierung von 1921–23 und Widerstandskämpfer durchaus glaubwürdig und überzeugend sagen. Um die in der Vergangenheit gemachten, vielfältig begründbaren Fehler zu vermeiden, empfahl Brill jetzt als ersten Schritt eine stärkere Integration der ehemaligen SPD und KPD durch Arbeitsgemeinschaften auf allen politischen und lokalen Ebenen, eine Fraktionsgemeinschaft und eine organisatorische Einheit in Sport-, Wohlfahrts- und Fürsorgeverbänden wie der „Arbeiterwohlfahrt“, dem „Roten Kreuz“ oder der „Roten Hilfe“. Allein die gewerkschaftliche Arbeit sollte sich ohne äußere Einflußnahme der Parteien entwickeln. So konnte man eine „Einheit aus Erkenntnis, Willen und Aktion“ formen, die „Voraussetzung für die völlige Verschmelzung“ der beiden alten deutschen Arbeiterparteien schaffen und den demokratischen Sozialismus realisieren¹¹².

Zunächst schien die Resonanz auf Brills programmatische Rede positiv zu sein. BdS-SPD und KPD trafen sich am 9. Juli in Weimar zu einer gemeinsa-

¹¹¹ Dem Gedanken lag die Absicht zugrunde, die Steuerung der deutschen Kommunisten durch Moskau zu unterlaufen. Über die Schwierigkeiten gab Brill sich keinen Illusionen hin. Bei späterer Gelegenheit („Arbeiten – und nicht verzweifeln“, in: *Soz. Jhh.* 2, 1948, S. 99) betonte er: „Selbstverständlich wird der demokratische Sozialismus niemals seine Gegnerschaft gegen die bolschewistische Auffassung der Diktatur des Proletariats als einer Diktatur der kommunistischen Partei und ihrer getarnten parteilosen und Blockorganisationen aufgeben.“

¹¹² „Das sozialdemokratische Zeitalter ist zu Ende... Deshalb wollen wir im Marx'schen Sinne neu beginnen und wollen durch ein revolutionäres Handeln die Einheit aus Erkenntnis, Willen und Aktion finden, die unserer Zeit bittere Notwendigkeit ist.“ *AsD, NL Brill 1*: Protokoll der 1. Landeskonferenz des BdS, 8. 7. 1945. In Brills Brief an Baehre v. 18. 3. 1946 (*ebenda*) steht das Bekenntnis: „In der Politik gehörte ich zu denjenigen, die sich bemüht haben, die Wiederkehr der alten Parteien zu verhindern.“

men Konferenz. Dabei wurden „vorbereitende Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Aktionsprogramms und organisatorische Maßnahmen zur Herstellung einer politischen Einheit des werktätigen Volkes beraten“. Brill hatte bei der Gelegenheit auch praktische Vorschläge für „eine völlige Verschmelzung der sozialistischen Arbeiterbewegung . . . im Sinne unseres Buchenwalder Manifests“ gemacht¹¹³. Seine Vorschläge wurden angenommen. BdS-SPD und KPD beschloss, sie auf 5000 Plakaten in ganz Thüringen bekanntzugeben.

Dieser interessanten Initiative einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit war kein Erfolg beschieden. Zunächst reduzierte die KPD ohne Rücksprache die Zahl der Plakate auf 3000, dann verbot die sowjetische Besatzungsmacht den Aushang mit der Begründung, ihr sei das Plakat vor der Drucklegung nicht zur Genehmigung vorgelegt worden¹¹⁴. Die Hintergründe, die zu diesem Schritt geführt haben, sind folgende:

Am selben 9. Juli, als in Weimar Vertreter von BdS-SPD und KPD konferierten, fand in Berlin ein erster Schulungstag für kommunistische Funktionäre statt; Vertreter aus Thüringen nahmen daran teil. Bei dieser Gelegenheit wurde nicht nur die alte Sozialfaschismus-Schuldthese neu vertreten¹¹⁵, sondern auch der Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945 in seiner zentralen Aussage bestätigt: „Es wäre . . . falsch, heute den Sozialismus zu fordern, denn das deutsche Volk ist ideologisch verwirrt, die Arbeiter sind seit einem Jahrhundert zersplittert. Heute gilt es, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen.“

Damit waren die Erfolgchancen einer proletarischen Einheitsaktion, so wie Brill sie propagiert hatte, bereits merklich gemindert. Seine eigene Position verschlechterte sich darüber hinaus am 10. Juli. Vertreter der Besatzungsmacht eröffneten den Parteien, daß die Besetzung des Amtes des Reg.-Präsidenten von Thüringen „überdacht“ werden müsse. Der sofort unternommene Versuch der sich jetzt SPD-BdS nennenden Sozialdemokraten, Brill mit Unterstützung der anderen Parteien zu halten oder zumindest ihren Genossen Georg Appell in diese wichtige Position zu bringen, scheiterte. Die KPD, noch am Abend des 10. Juli von dem Alternativvorschlag unterrichtet und um seine Unterstützung bei den Sowjets gebeten, schwieg sich dazu jetzt und später hartnäckig aus. Die Besatzer

¹¹³ AsD, NL Brill 1: Brill an Busse, 10. 7. 1945. Vgl. dazu (ebenda) das Rundschreiben Nr. 3 der SPD vom Juli 1945. Die praktischen Vorschläge Brills lassen sich direkt aus dem „Buchenwalder Manifest“ ableiten, wo ja als zweiter Schritt auf dem Wege zu einem neuen Typ der Demokratie die „Heranziehung antifaschistischer Organisationen“ vorgeschlagen wurde.

¹¹⁴ Die Einzelheiten im Rundschreiben Nr. 3 der SPD (vgl. Anm. 113).

¹¹⁵ „Die historische Schuld für das Versagen der deutschen Arbeiterklasse trägt die Sozialdemokratie, die durch ihre Politik der Arbeitergemeinschaft mit der Bourgeoisie und durch die Ablehnung der Einheitsfront die Spaltung vertiefte und die Arbeiterklasse entwaffnete.“ AsD, NL Brill 1: Auszug aus dem Protokoll des 1. Schulungstages für Funktionäre der KPD v. 9. 7. 1945 in Berlin.

zeigten sich ihrerseits von den ihnen als Argument vorgelegten Wahlergebnissen von 1928 (368 885 für SPD, 138 046 für KPD) und 1932 (231 231 für SPD, 159 233 für KPD) nicht beeindruckt. Ohnehin hatten sie sich bereits im Juni entschieden, in Thüringen einem bürgerlichen Kandidaten den Vorzug zu geben¹¹⁶. Ein solcher war der frühere Jenaer Rechtsanwalt und Angehörige der DDP, Rudolf Paul. Er wurde am 16. Juli Brills Nachfolger. Mit Ernst Busse wurde ein Mitglied der KPD zum 1. Vizepräsidenten ernannt; 2. Vizepräsident wurde Max Kolter vom früheren Zentrum¹¹⁷. Die SPD verlor mit einem Schlag ihre führende Position¹¹⁸.

¹¹⁶ General Bokow und Oberst Tulpanow begründeten bei ihrem ersten Gespräch mit Vertretern der Berliner SPD (Fechner, Grotewohl, Dahrendorf, Meier und Gniffke) am 21. Juni 1945 ihre Abneigung gegen Brill mit dessen „Buchenwalder Manifest“ und der propagierten neuen Partei. Den Berlinern war zu diesem Zeitpunkt das „Buchenwalder Manifest“ noch unbekannt. Vgl. Gniffke, S. 40 ff.

¹¹⁷ Die Vorgänge um die Neubildung der thür. Regierung am 16. 7. 1945 im Rundschreiben Nr. 5 der SPD vom 16. 8. 1945, AsD, NL Brill 1. Vgl. dazu noch: Hoffmann an die russische Kommandantur, 12. 7. 1945, ebenda. Appell war bis 1933 Rechtsanwalt in Eisenach und Mitglied der DDP gewesen. Während der NS-Zeit hatte er engen Kontakt mit der Gruppe Deutsche Volksfront gehalten und war deswegen im Juli 1945 dem BdS beigetreten. Appell galt als fachlich hochqualifiziert, war aber auf politischem Gebiet zurückhaltend.

Rudolf Paul war in den Augen Brills eine schillernde Person, immer bemüht, „verschiedene Eisen in verschiedenen Feuern zu haben, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein“ (AsD, NL Brill 1: Nachrichten zur Biographie von Dr. Rudolf Paul, 3./4. 11. 1947), für die spätere SED und die Russen allenfalls ein bürgerliches Aushängeschild, das der Osten etwa auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz nutzte, hinter dem aber schon im Spätherbst 1945 Werner Eggerath die Geschäfte führte. Paul, in Thüringen bekannt durch eine von ihm seit 1924 in Jena erfolgreich geführte Anwaltspraxis, in eigener Einschätzung durch eine von ihm im März 1923 veranlaßte Verhaftung einiger NSDAP-Mitglieder als Antifaschist legitimiert, ebenso durch seine Mitgliedschaft in der DDP, wurde im April 1945 von den Amerikanern in Gera als Oberbürgermeister eingesetzt. Er hatte von Brill im Mai 1945 zunächst vergeblich die Ernennung zum Reg.-Präsidenten von Ostthüringen verlangt. Als ihm dies mißlang, versuchte er, Brill bei den Kommunisten in Mißkredit zu bringen (vgl. dazu das Schreiben des Antifa-Komitees Gera an Brill v. 20. 6. 1945, a. a. O.). Beim Einmarsch der Roten Armee in Gera hatte er dieser einen großen Empfang organisiert: „Dr. Paul fuhr der Panzerspitze der Sowjettruppen im offenen Kraftwagen entgegen, verhandelte mit dem sowjetischen Panzergeneral über das Festprogramm und bereitete alles so großartig vor, als ob Adolf Hitler zum Parteitage erwartet würde.“ Brill, Nachrichten zur Biographie, a. a. O. Das harte Urteil Brills – „Dr. Paul ist eine typische Erscheinung der Übergangszeit. Er konnte hochkommen, weil ein Mangel an intellektuellen Kräften bestand“ (ebenda) – wird durch die Geschichte nicht widerlegt. Im thüringischen Volksmund hieß Paul „der Lautsprecher“ (Gniffke, S. 168). Vgl. auch Pauls erste Rede als thüringischer Reg.-Präsident vor dem Politischen Beirat des Thüringen-Ausschusses, wo er selbst bekannte: „[Brill] ist ein Mann mit einem asketischen Denken und außerordentlichem Fleiß, ein Mann mit großen anderen Fähigkeiten. Ich bringe diese Voraussetzungen meines Vorgängers nicht mit, aber ein helles Ohr für die Bedürfnisse im Land.“ BA, NL Brill 95.

¹¹⁸ Die Aufrufe der KPD und SPD in: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von

Am 16. Juli wurde Brill abgesetzt, am 24. erfuhr Hoffmann, wenn auch nicht in aller Offenheit, die Gründe dieser Entscheidung. Der russische Kommandant Kolesnitschenko erklärte dem Deutschen, daß Brills „Forderung nach einer Sozialisierung im gegenwärtigen Augenblick verfehlt“ sei. Kolesnitschenko dachte an die ökonomische Seite, genauer gesagt an Stalins Reparationsinteressen, als er sagte: „Die deutsche Volkswirtschaft kann . . . nur wieder bestehen, wenn die private Unternehmerinitiative wieder freien Spielraum hat.“ Damit widersprach er einem entscheidenden Grundsatz des „Buchenwalder Manifests“, das er auch ausdrücklich als ein verfehltes politisches Programm kennzeichnete¹¹⁹.

Auch die KPD Thüringens ging jetzt deutlich auf Distanz. Sie setzte sich am 21. Juli ebenso wie Kolesnitschenko vom „Buchenwalder Manifest“, dem noch am 9. Juli anerkannten programmatischen Grundkonzept, ab. „Es ist notwendig“, so erklärte ihr Vorsitzender Busse der SPD, die jetzt ihren Zusatz BdS ganz fallengelassen hatte, „daß an den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen nur insoweit Änderungen eintreten dürfen, als sie durch die Beschlagnahme-Aktionen gegen die Nazis bedingt sind, während sonst die freie Wirtschaft auch in kapitalistischem Sinne wieder hergestellt werden muß. Ebenso steht es – nach Auffassung der KPD – mit der Errichtung der parlamentarisch-demokratischen Republik.“¹²⁰

Aus dieser vollständigen Übernahme sowjetischer deutschlandpolitischer Vorstellungen war abzuleiten, daß organisatorische Absprachen oder gar Fraktionsgemeinschaften, wie Brill sie noch einmal am 10. Juli der KPD vorgeschlagen hatte, von dieser jetzt abgelehnt wurden. Weder in den Bereichen Sport und Jugend noch in den karitativen Organisationen wollte die KPD jetzt mehr als lose Arbeitsgemeinschaften. Alles andere war ihr jetzt „nicht die primäre Aufgabe“. In der wichtigen Gewerkschaftsarbeit lehnte sie jede bindende Absprache mit der SPD ab. Schroff mußte ihre Erklärung klingen, es könne „nicht angängig sein, daß eine Partei der anderen irgendwelche Vorschriften organisatorischer Art macht“¹²¹. Vorschriften hatte Brill ja nie machen wollen.

1848 bis zur Gegenwart, Bd. 6, Berlin/München, S. 10 ff. Die Absetzung der SPD bestand in ihrer bekannten Forderung: „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“, ebenda, S. 17. Zur Überraschung der SPD über den Inhalt des KPD-Aufrufs vgl. Gniffke, S. 27.

Dazu am besten Gniffke, S. 42 ff. Auch in diesem Augenblick betonte die Berliner SPD noch (Das Volk, 15. 7. 1945): „Diese Einheit überbrückt nicht die Gegensätzlichkeit von Weltanschauungen.“ Erst nach der großen Kundgebung des Blocks antifaschistischer Parteien, auf der am 12. 8. 1945 Pieck, Grotewohl, Hermes und Koch sprachen, hieß es, die SPD wolle jetzt „den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit führen. Vorbehaltenlos“ (Das Volk, 14. 8. 1945).

¹¹⁹ AsD, NL Brill 1: Niederschrift der Unterredung Hoffmanns mit Kolesnitschenko, 24. 7. 1945.

¹²⁰ Ebenda: KPD an SPD, 21. 7. 1945.

¹²¹ Ebenda.

Den Äußerungen ist unschwer zu entnehmen, daß die KPD Thüringens, den Anweisungen des ZK in Berlin folgend, als Partei Tritt zu fassen suchte. Nach der in Berlin am 14. Juli getroffenen Entscheidung für die Schaffung eines antifaschistischen Blocks suchte sie auch in Thüringen ihrerseits die Initiative zu übernehmen. Am 27. Juli lud sie die anderen Parteien (SPD, Zentrum und DDP) „zu einer gemeinsamen Besprechung zur Schaffung eines antifaschistischen Blocks“ für den 31. Juli ein und schlug, „um schnell zu einem Ergebnis zu kommen“, jene fünf Punkte als Gesprächsgrundlage vor, die KPD, SPD, LPD und CDU am 14. Juli in Berlin vereinbart hatten¹²².

Die SPD ordnete sich dieser Initiative unter. „Um nun endlich in der außerordentlich wichtigen Angelegenheit der Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien vorwärts und zu praktischen Ergebnissen zu kommen“¹²³, verzichtete sie auf ihre eigenen Vorschläge, auch auf eine immer noch ausstehende Antwort der KPD auf die gestellte Frage, warum diese sich nicht für Brill oder wenigstens Appell eingesetzt habe, war mit einer Terminverschiebung vom 31. Juli auf den 8. August, um die die KPD gebeten hatte, angeblich, weil Busse nicht früher konnte¹²⁴, einverstanden und ließ sich ihre Initiative und damit auch ihr politisches Konzept in Thüringen aus der Hand nehmen.

Man muß den Grund dafür auch wohl darin sehen, daß Brill nach dem 16. Juli schwer erkrankte. Das war sicher eine psychosomatische Reaktion auf die nach der Widerstandsarbeit, den Jahren im KZ und der politischen Aufbauarbeit in Weimar als ungerecht empfundene Absetzung. Außerdem wurde er unmittelbar vor der für den 8. August angesetzten Konferenz zweimal, am 4. und 6., von Sowjetrussen verhaftet, „natürlich aus Versehen“, wie er es später kommentierte¹²⁵. Dadurch fiel auf der Seite der SPD die wichtigste Person in entscheidenden Tagen aus. Das wog auch deswegen schwer, weil Brills Stellvertreter, Hoffmann, schon jetzt offen mit der KPD sympathisierte. Hoffmann, Böhme, Brack, Thierfelder, Carnarius und Bremer vertraten am 8. August die SPD¹²⁶.

¹²² AsD, NL Brill 1: KPD an SPD, 27. 7. 1945.

¹²³ Ebenda: Rundschreiben Nr. 5 der SPD v. 16. 8. 1945, S. 3.

¹²⁴ Der wahre Grund für diese Terminverschiebung dürfte darin zu sehen sein, daß Ulbricht erst am 5. 8. 1945 auf der 2. Bezirkskonferenz der KPD-Thüringen vor 400 Funktionären in Erfurt sprach; s. Fuchs, S. 168.

¹²⁵ AsD, NL Brill 1: Brill an Baehre, 18. 5. 1946. Die Sowjets hatten Brill bei der Verhaftung gedroht, ihn „vor ein Kriegsgericht“ zu stellen, falls er nicht aufhöre, „die Verwirklichung des Sozialismus als eine Gegenwartsforderung zu propagieren“; BA, NL Brill 27: Brill an Friedrich Adler, 22. 4. 1947.

¹²⁶ Kurt Böhme war Unterzeichner des „Buchenwalder Manifests“ gewesen. Er galt als fleißiger Bürokrat, allerdings auch als Opportunist und moralisch und politisch schwacher Charakter. Seit dem 1. 6. 1945 bekleidete Böhme das wichtige Personalreferat der Provinzialregierung Thüringens. Unter Paul wurde er nach Busses Rücktritt am 17. 8. 1945 Leiter des Landesamtes für Kommunalwesen; Fuchs, S. 170. Gustav Brack gehörte seit 1919 der SPD an, war bis 1933 Landesvorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten Thüringens gewesen, von 1935–1941 inhaftiert, 1944 noch einmal. Kurz vor Ende des Krieges konnte er aus der NS-Haft fliehen. Brill ernannte ihn am 2. 5. 1945 zum Reg-

Das Ergebnis dieser Konferenz liegt ganz auf der Linie der vorangegangenen Berliner Ereignisse. Auch in Thüringen wollten jetzt SPD und KPD „im Geiste gegenseitigen Vertrauens und . . . von dem festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit“ getragen, wie es im Protokoll hieß, eine „enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicheren Grundlagen. Als Voraussetzung hierzu wird der Aufbau einer antifaschistischen demokratischen parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert“. Auch in Thüringen bildeten die Parteien SPD, KPD, Zentrum und DDP einen „festen antifaschistischen Block“. Das geschah am 17. August 1945¹²⁷.

Innerhalb eines Monats hatten sich in diesem Land die Verhältnisse geändert. Sie waren denen der anderen Länder der sowjetischen Besatzungszone angeglichen worden¹²⁸. Die große Initiative Brills, in einem BdS eine einheitliche sozialistische Partei als Grundlage für „einen neuen Typ der Demokratie“ zu schaffen, in der „Deutschen Volksfront“ ideologisch vorbereitet, im „Buchenwalder Manifest“ konkretisiert und am 8. Juli in Weimar öffentlich propagiert, war am 8. August gescheitert. Seine Offensive war von der KPD zunächst positiv aufgenommen, nach den Berliner Signalen vom 9. und 14. Juli aber bekämpft und am 8./17. August erfolgreich durch die eigene Initiative einer antifaschistischen Blockbildung unterlaufen worden. Brill wurde auf den Posten eines Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Thüringer Verwaltungsgesellschaft abgeschoben¹²⁹.

Im Herbst 1945 versuchte Hermann Brill noch einmal Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Die in Thüringen in den Sommermonaten gemachten Erfahrungen mit dem Kader der KPD und den Besatzern, aber auch die auf wiederholten Berlinreisen und durch einen Kurzaufenthalt in Frankfurt/Main eingeholten Informationen müssen den stets zur handelnden Umsetzung intellektueller

Rat. 1946 wurde Brack Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in Berlin; s. AsD, Personalia Brack. Thierfelder, Carnarius und Bremer sind nicht besonders hervorgetreten.

¹²⁷ AsD, NL Brill 1: Rundschreiben der SPD Nr. 5, 16. 8. 1945.

¹²⁸ Vgl. Bouvier, S. 417 ff.

¹²⁹ Die Gesellschaft war für die Sicherstellung und Enteignung des Nazi-Vermögens in Thüringen gegründet worden. Eine gesetzliche Grundlage fehlte lange, Abstimmungen mit anderen Gesetzen (Enteignungsgesetz, Bodenreformgesetz, Wiedergutmachungsgesetz u. a.) wurden trotz mehrfacher Vorstellungen Brills von Paul als dem verantwortlichen Reg.-Präsidenten nicht eingeleitet, so daß die Verwaltungsgesellschaft als vollziehende Behörde keine exakten Arbeitsunterlagen besaß. Angesichts dieser Tatbestände war der von den Russen erhobene Vorwurf, die Gesellschaft sei untätig gewesen, natürlich absurd; vgl. dazu BA, NL Brill 95: Brill an Paul, 11. 12. 1945. Kolesnitschenko hatte am 6. 12. 1945 die sofortige Auflösung der Verwaltungsgesellschaft gefordert; AsD, NL Brill 1: Brill an Moog, 6. 12. 1945. Brill war somit vom 16. 9. bis 6. 12. 1945 Vorsitzender dieser Gesellschaft.

Einsichten bereiten Politiker zu einer neuen Orts- und Handlungsbestimmung veranlaßt haben. In Probstzella äußerte er sich Ende September zum ersten Mal skeptisch zur deutschen Einheit: „Deutschland wird auch für das Wirken der Parteien aus besetzten Zonen bestehen, drei oder vier. Mindestens eine dieser Zonen, die unsere mit Berlin, wird mit den übrigen Zonen – vielleicht – keine politische Verbindung haben. Es ist denkbar, daß unsere Zone auch ein eigenes Schicksal hat. Damit würde unsere Partei in der Zone auch einen eigenen Weg gehen.“¹³⁰

Dieser „Einsicht“ in das mögliche Sonderschicksal der sowjetischen Zone stellte sich das schnelle Anwachsen der Mitgliederzahlen der SPD in Thüringen¹³¹ gleichsam als plebiszitäres Votum für eine sofortige Handlungsinitiative zur Seite. Auf mehreren Veranstaltungen im Oktober – am 18. vor Funktionären in Erfurt, am 24. in Jena, am 28. auf dem 1. Landesparteitag der SPD in Weimar und noch einmal am 29. vor dem Landesvorstand in Weimar – trug Brill das Motto der neuen sozialdemokratischen Politik vor: „Demokratie von unten heraus“. Nicht mehr eine Elite sollte bildend und erziehend vorangehen, sondern die Masse der Arbeiter sollte die Demokratie neu erstreiten: „In dieser Situation ist eine Neuorientierung von Theorie und Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Frage der Demokratie notwendig . . . : Vorrang der Entwicklung der demokratischen Kräfte vor der Bildung neuer demokratischer Formen durch Aufbau von Gewerkschaften und Genossenschaften. Schaffung einer neuen Betriebs- und Wirtschaftsverfassung, Organisation der kommunalen, sozialen und pädagogischen Selbstverwaltung.“

Das sagte Brill – unter deutlicher Anspielung auf die der KPD in Thüringen fehlende Massenbasis in der Bevölkerung – vor Funktionären in Erfurt, der kommunistischen Hochburg¹³². In Jena, wo die SPD am 24. Oktober „nach über zwölf Jahren Unterdrückung zum ersten Mal zu einer öffentlichen Kundgebung aufrufen konnte“, sprach er es noch direkter aus: „Nicht etwa Reformismus wie man früher vielleicht annahm, und auch nicht Parlamentarismus, sondern Initiative und Mitarbeit von unten heraus muß das Wesen der neuen Demokratie sein.“ Die Methode lautete auch jetzt für den stets an Bildung und Einsicht als

¹³⁰ AsD, NL Brill 1: Brill vor Parteiversammlung in Probstzella, 28.–30. 9. 1945.

¹³¹ Die Partei hatte bis zum Oktober 1945 in Thüringen 425 Ortsvereine mit zusammen 28 917 eingeschriebenen Mitgliedern gegründet, bis Dezember 1945 waren es 611 Ortsvereine mit 57 447, bis zum 6. April 1946 1077 mit 91 831 Mitgliedern. Das waren immerhin über 3,1 % der Gesamtbevölkerung Thüringens (Stand 29. 10. 1946: 2 927 497 Einwohner). Die Zahlen in: Das Volk, 9. 4. 1946, und BA, NL Brill 27: Brill an Adler, 22. 4. 1947. Die zunächst von den Sowjets verbotene Herausgabe der alten SPD-Zeitung, der Tribüne, wurde der Partei im August genehmigt. Am 15. 8. startete sie mit einer Auflage von 50 000, am 15. 2. 1946 besaß sie 127 000 Abonnenten; AsD, NL Brill 1: Kolesnitschenko an Hoffmann, 24. 7. 1945, und ebenda, Die SPD in Thüringen, Ein Bericht.

¹³² BA, NL Brill 97: Brill, Zur Frage der Demokratie, Vortrag vor Parteifunktionären in Erfurt am 18. 10. 1945. Zum Mitgliederstand der KPD vgl. Anm. 134.

Wege zum Sozialismus glaubenden Brill „vor allem Diskussion, Debatte, Gedankenaustausch“. Aber er bot den Zuhörern auch konkrete Handlungshilfen an. Die Vergangenheit stellte Anschauungsmaterial negativer Art bereit: „Nach 1918 bestand der Fehler darin, erst die formale Demokratie einzuführen, und nachher wollte man den demokratischen Umbau des Staates vornehmen; heute müssen wir erst die materiellen und staatlichen Voraussetzungen für die Demokratie schaffen und dann zu allgemeinen Wahlen schreiten.“ Das neue Bewußtsein war „von unten herauf“ zu entwickeln, „besonders mit den Gewerkschaften und Genossenschaften“, die es „zu Organen der proletarischen Selbstverantwortung“ auszubauen galt¹³³.

Brills Versuchen, das Gesetz des Handelns durch eine jetzt stärkere Berücksichtigung des Buchenwalder Mottos „Demokratie von unten“ noch einmal in die Hand zu bekommen, kam die KPD mit der von ihr im November propagierten Einheitsoffensive¹³⁴ nur scheinbar entgegen, denn sie verstand unter Einheit den Gewinn der sozialdemokratischen Wählerschichten und das Durchsetzen ihres zentralistischen Demokratieverständnisses. Brill wurde von den deutschen Kommunisten und den sowjetischen Besatzern öffentlich angegriffen und wegen seiner in dieser Zeit wiederholten Hinweise auf den Vorbildcharakter der Labour Party als „Agent der englischen Imperialisten“ verunglimpft¹³⁵. Gleichzeitig zwang man die sozialdemokratische ‚Tribüne‘, druckfertig gelieferte Artikel aus kommunistischer Feder zu publizieren, darunter einen, in dem Kurt Schumacher bezichtigt wurde, in Dachau Mithäftlinge der Gestapo ausgeliefert zu haben¹³⁶.

Brill setzte sich am 6. November in einem zuvor vom Landesvorstand seiner Partei grundsätzlich gebilligten Rundschreiben, gerichtet an alle Vorsitzenden

¹³³ AsD, NL Brill 1: Kundgebung mit Hermann Brill in Jena, 24. 10. 1945.

¹³⁴ Den Versuchen der KPD, ihren Mitgliederstand dem der SPD anzugleichen, war bis dahin kein sonderlicher Erfolg beschieden, „obwohl für die Kommunisten“, wie Sozialdemokraten urteilten, „jeder PG tragbar war“; AsD, NL Brill 1: Die SPD in Thüringen. Ein Bericht, S. 3. Die Werbung der KPD zielte naturgemäß auf dasselbe Wählerreservoir, das die SPD ansprach. Folglich setzte die KPD auf einen Gegensatz zwischen den „reformistischen Führern“ – damit meinte sie in Sonderheit Brill – und den „ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern“ (vgl. AsD, NL Brill 1: Rundschreiben der SPD Nr. 18 v. 6. 11. 1945). In den Gewerkschaften, in denen sie sich gegenüber der SPD freie Hand ausbedungen hatte (vgl. den Brief der KPD an die SPD v. 27. 7. 1945; s. Anm. 122), suchte sie durch die im September 1945 beginnende Bodenreform landlose oder landarme Bauern zu sich zu ziehen. Ideologischen Auseinandersetzungen ging sie nach einer ersten Ideologie-Konferenz zwischen Fritz Schneider und Hermann Brill, am 18. 10. 1945 in Erfurt geführt (AsD, NL Brill 1: Rede Brills v. 26. 11. 1945), aus dem Wege. Die ihr von der SPD angebotene gemeinsame Erarbeitung eines Redemanuskripts für eine SPD-Versammlung am 8. 11. lehnte sie ebenso ab. Parteiprominenz aus Berlin reiste wiederholt an. So sprach Pieck in Erfurt, Ackermann in Gera. Beide Redner versuchten, die SPD in die Nähe Noskes, Stampfers und Severings zu rücken; AsD, NL Brill 1: Rundschreiben Nr. 18 v. 6. 11. 1945.

¹³⁵ Ebenda.

¹³⁶ Ebenda.

der Kreis- und Ortsverbände der SPD Thüringens, gegen derartige Angriffe zur Wehr¹⁸⁷. Darin gab er die bisher beachtete Rücksicht und Verbindlichkeit gegenüber der KPD auf, ein deutliches Zeichen für die veränderte Lage. Er machte die besonders im Juli hinhaltende und dann destruktive Haltung der KPD publik. Auf der anderen Seite mußte er, ein weiteres Zeichen der ungünstiger werdenden Voraussetzungen für eine Politik nach seiner Konzeption, im eigenen Lager zu taktieren beginnen. Hoffmann, Böhme und einige untergeordnete SPD-Mitglieder – intern bereits als „Hoffmann-Böhme-Fraktion“ bezeichnet – begannen, ohne Rücksprache mit dem Parteivorstand lokalen Aktionsvorschlägen der KPD zu folgen. Die Einheit der Partei war gefährdet. Brills ausdrückliche Forderung nach Parteidisziplin setzte dieser Spaltungstendenz ein deutliches Mal. Allen Vorsitzenden schärfte er ein, „daß andere Bindungen gegenüber der KPD als Fraktionsgemeinschaften bei der öffentlichen politischen Tätigkeit und gemeinsame Funktionärssitzungen nicht zulässig sind. Wir weisen deshalb hiermit alle Kreisverbände und Ortsvereine an, keinerlei andere gemeinsame Veranstaltungen mit der KPD durchzuführen“.

Eine zwei Wochen später von den beiden Landes- bzw. Bezirksverbänden der SPD und KPD in Weimar geführte Aussprache über den Inhalt des Rundschreibens brachte die gegenseitig erhobenen Vorwürfe nur noch klarer zum Ausdruck. Eggerath, der vom ZK bestimmte neue Vorsitzende der KPD-Thüringen, ließ bei der Gelegenheit durchblicken, daß man sogar im ZK der KPD auf das Rundschreiben aufmerksam geworden sei. Pieck und Ackermann fühlten sich „brüskiert“. Brill belegte, daß er nur „ganz kühle Tatsachenpolitik“ publiziert habe¹⁸⁸. SPD und KPD standen einander frontal gegenüber. Ein Stimmungsbild von der Sitzung des Gesamtvorstands (Landesvorstand und Vorsitzende der Kreisverbände) der SPD-Thüringen am 26. November 1945 vermag dies noch deutlicher zu machen.

Brill referierte über die „Herstellung der sozialistischen Einheit der Arbeiterklasse“¹⁸⁹. Er sparte nicht mit Vorwürfen gegen seine eigene Partei. Sie habe sich treiben lassen, habe der KPD einen Organisationsvorsprung gegeben. Der im August eingesetzte Organisationsausschuß habe „bis Mitte Oktober eine Art Dornröschenschlaf“ gehalten. Der Vorwurf, das ist nicht zu übersehen, traf auch Brill selber, denn dieser hatte im Sommer andere Direktiven ausgegeben: „Wir

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ AsD, NL Brill 1: Stenogramm der Sitzung der Landes- bzw. Bezirksverbände von SPD und KPD am 23. 11. 1945 in Weimar. Zu den Vorgängen um die Delegation Eggeraths nach Thüringen s. Eggerath, S. 168 ff., und Pieck im Neuen Deutschland, 16. 3. 1950. Eggerath wurde am 7. 10. 1947 als Nachfolger des geflüchteten Paul Min.-Präsident Thüringens.

¹⁸⁹ AsD, NL Brill 1: Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der SPD vom 26. 11. 1945. Die SMAD hatte der SPD zuvor große organisatorische Schwierigkeiten gemacht, u. a. dadurch, daß sie zwei Tage vorher „mehrere Tische und Stühle beschlagnahmt hatte“; ebenda.

waren der Auffassung, die Zeit sei reif dafür, durch einige vorbereitende Organisationen Verhältnisse zu schaffen, die nicht sofort, aber doch in einem bestimmten Zeitraum von vielleicht 2 bis 3 Jahren zur Konstituierung einer neuen Arbeiterpartei führen könnten, die sowohl die alte SPD wie auch die alte KPD überwindet.¹⁴⁰ Deswegen hatte er als Vorsitzender der SPD mit dem Neuaufbau einer festen Struktur dieser Partei keine Eile gezeigt. Anders hatte sich die KPD in Thüringen verhalten: „Wir haben Beweise dafür“, so erklärte Brill am 26. November, „daß die KPD die Monate, in denen wir uns auf etwas vollkommen Neues vorbereitet haben, dazu benutzt hat, um unter Mithilfe von etwa 400 Buchenwaldkommunisten die KPD in Thüringen komplett zu organisieren.“ Inzwischen, im Herbst 1945, hatte sie zehn hauptamtliche Kräfte in der Erfurter Bezirksleitung, die SPD in Weimar nur einen ehrenamtlichen (Brill) und zwei Sekretäre.

Jedoch war die KPD bis zu diesem Zeitpunkt in den Augen der Sozialdemokraten noch immer eine „Partei ohne Mitglieder“, eine „Partei der Funktionäre“, von Brill am 26. November in aller Schärfe „Deutsche Polizistische Partei“ und „Emigrantenkabinett“ genannt, die „in der Massenbewegung nur eine kleine organisatorische Minderheit“ darstelle. Der SPD gab Brill die höhere Qualitätsstufe. Sie sei „eine Partei aus dem Proletariat heraus“, die deswegen der KPD immer erneute Angebote mache, weil sie sich einer großen Sache verbunden fühle.

Der größte Teil der Diskussionsredner gab Brill recht. Viele führten an, daß auch die Bevölkerung Thüringens die SPD „qualitativ viel höher“ einschätze als die KPD. Die Versammlungen der Kommunisten seien gering besucht, selbst gemeinsame Veranstaltungen mit der SPD immer noch geringer als reine SPD-Versammlungen¹⁴¹. Allein Hoffmann setzte sich in einen starken Gegensatz zu Brill und den meisten Rednern des Vorstands. Die Schwierigkeiten, die der SPD von seiten der KPD und den Besatzungstruppen gemacht wurden, führte er auf „einzelne irreführende Elemente“ zurück, die Machtverhältnisse in Thüringen –

¹⁴⁰ Ebenda. In den Richtlinien für den EdS-SPD von Anfang Juli 1945 hatte es geheißen, man wolle eine „mehrere Jahre dauernde Frist“ für die Gründung einer neuen Partei ansetzen; AsD, NL Brill 1.

¹⁴¹ Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins in Stadtroda, Willi Martin, wurde sehr deutlich: „Unsere Aufgabe ist es . . . , den Kommunisten die Rolle zuzuweisen, die sie in England spielen: sie dürfen hinter der großen sozialdemokratischen Partei herlaufen. Das ist unsere historische Aufgabe: daß wir die Kommunisten so reduzieren, wie sie in Wirklichkeit sind, nämlich ein paar übriggebliebene aus 1933 mit etwas Zulauf aus dem Jahrgang 1945, der sich in der Hauptsache aus Evakuierten rekrutiert.“ Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung v. 26. 11. 1945. Bei der Sitzung der Vorstände von SPD und KPD am 23. 11. 1945 war darauf hingewiesen worden, daß die SPD einen Saal, in dem sie am 22. 11. eine Veranstaltung abgehalten hatte, wegen Überfülle polizeilich sperren lassen mußte. Dagegen hatte eine von SPD und KPD zum Gedenken an den 9. 11. 1918 gemeinsam durchgeführte Veranstaltung „nicht die Hälfte der Besucher“ angelockt; Stenogramm v. 23. 11. 1945, S. 16.

die KPD stellte im November 1945 die Oberbürgermeister in Erfurt, Gera und Nordhausen, die Landräte in den für die Bodenreform so wichtigen Landkreisen Weißensee, Langensalza und Saalfeld und die Mehrzahl der Polizeipräsidenten, die SPD war in der Präsidialkanzlei der Regierung überhaupt nicht mehr vertreten¹⁴² – verharmloste er. Ideologische Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Arbeiterparteien („gemeinsame Mutter“ ist die SPD) vergrößerte er, indem er an der in Europa seit 1917 zur Realität gewordenen Bolschewisierung eines Teils der Arbeiterbewegung vorbeisah¹⁴³. Die kommunistische Taktik schien er nicht zu durchschauen – oder er akzeptierte sie –, als er dem Parteivorstand den Rat gab, „erst die Parteivereinigung und dann die Massenvereinigung“ anzustreben.

Der Gegensatz zwischen Hoffmann und Brill konnte nicht deutlicher zum Ausdruck kommen, als dieser jenem noch einmal antwortete, die Zukunft könne nur so aussehen, „daß durch eine Zusammenfassung von Gewerkschaften, Genossenschaften und politischen Parteien eine neue Partei geschaffen“ werde. „Nicht Vereinigung von SPD und KPD, sondern Gründung einer neuen deutschen Arbeiterpartei, die alles Bisherige und das hinzukommende Neue gestaltet“, sei das Gebot der Stunde und der Zukunft. „Die Aufgabe der Herstellung der sozialistischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse, als Schicksalsfrage aufgefaßt“, gehe „weiter als die Taktik, die wir im Augenblick unter der Agitationswelle zu betreiben haben“. Hoffmann ließ sich nicht belehren. Innerhalb der SPD suchte er gegen Brill Unterstützung. Die KPD lud ihn zum Dank dafür als einzigen Vertreter der thüringischen Sozialdemokraten zu Piecks 70. Geburtstag nach Berlin ein. Später, 1946, wurde er 2. Vorsitzender der SED in Thüringen und 1950 Generalstaatsanwalt in Schwerin¹⁴⁴.

Die KPD Thüringens beachtete Brills Vorschläge nicht mehr. Seit Anfang Dezember organisierte sie „spontane Resolutionen“ von Betriebsbelegschaften, ihre Art der basisdemokratischen Bewegung für die Einheit der Arbeiterklasse. Mitte Dezember kam die Zeitschrift ‚Einheit‘ heraus. Am 20. und 21. Dezember fiel dann in Berlin die Vorentscheidung auf dem Wege zur SED. Brill stimmte selbst für die damals auf einer Konferenz verabschiedete Resolution und nannte sie öffentlich einen „wichtigen Schritt zur Einheit der Arbeiterklasse“, ließ aber

¹⁴² Protokoll, 26. 11. 1945.

¹⁴³ Brill antwortete Hoffmann an dieser Stelle: „Ich halte es für eine grobe Täuschung, wenn wir unser Verhältnis zu der heutigen KPD dahin kennzeichnen, daß wir doch alle eine Mutter hätten, nämlich die SPD. Die heutige KPD... ist in der Praxis des politischen Lebens eine vollständig neue Erscheinung von Elementen, die niemals durch die sozialdemokratische Partei gegangen sind... Es ist ein neues Element..., das geschaffen worden ist durch die sogenannte Bolschewisierung der Arbeiterbewegung.“ Ebenda.

¹⁴⁴ AsD, NL Brill 1, und Telegraph am Abend, 10. 2. 1950. S. auch die von Pieck und Grotewohl zum 50. Geburtstag Hoffmanns verfaßte und im Neuen Deutschland am 8. 1. 1949 abgedruckte Laudatio auf Hoffmann.

durchblicken, daß seiner Meinung nach „dieser Stufe früher oder später eine weitere folgen“ müßte, die dann „etwas völlig Neues“ zu erbringen habe¹⁴⁵.

Brill wußte, daß er von Thüringen aus daran nicht mehr mitarbeiten konnte. Die SMAD unterzog ihn mehreren Verhören¹⁴⁶. Am 29. Dezember 1945 fand die letzte Sitzung des Landesvorstands der SPD unter seiner Leitung statt. Es war eine Formsache, denn Brill hatte sich schon zwei Tage vorher entschlossen, den Amerikanern nach Berlin zu folgen und dort als Chiefconsultant in der Manpower Division zu arbeiten¹⁴⁷. August Frölich wurde die Leitung der Partei kommissarisch anvertraut. Was noch folgte, war ein Nachspiel.

Hoffmann, über den allein die SMAD mit der SPD noch Kontakt zu halten pflegte¹⁴⁸, mußte am 31. Dezember auf der Kommandantur erscheinen. Dort forderte man „eine Resolution, die eine Zustimmung zu den Berliner Beschlüssen [vom 20./21. Dezember 1945], eine Widerrufung des Rundschreibens Nr. 18 [vom 6. November 1945], eine Verurteilung des Verhaltens Dr. Brills und eine Bereitschaft zur engsten Zusammenarbeit mit der KPD enthalten“ müsse. Ein Leitartikel in der Tribüne solle besonders „die Doppelzüngigkeit Dr. Brills scharf geißeln und ihn als Saboteur der Einheitsbestrebungen demaskieren“. Da Hoffmann – nur – dies letzte ablehnte, begnügten sich die Sowjets in diesem Punkt damit, daß der „Name Dr. Brill . . . weder in Resolutionen noch in der Zeitung mehr erwähnt“ würde. An Frölichs Stelle forderten sie als Vorsitzenden „einen jüngeren Genossen mit modernen Anschauungen“¹⁴⁹.

Diese Forderung ließen sie allerdings schnell wieder fallen. Am 2. Januar 1946, als Hoffmann noch einmal mit Frölich auf der Kommandantur erschien, wurde ihm erklärt, die Frage eines neuen Vorsitzenden der SPD sei „jetzt nebensächlich“ geworden. Kolesnitschenko sagte im Beisein der KPD-Spitze (Eggerath, Schneider und Busse), er erwarte jetzt von beiden Parteien auch in Thüringen den Vollzug der Einheit¹⁵⁰.

Der Landesvorstand der SPD bekannte sich in einer am 5. Januar 1946 verabschiedeten Resolution zu den Berliner Beschlüssen, sah allerdings in „einigen

¹⁴⁵ AsD, NL Brill 1: Brill, Ein wichtiger Schritt zur Einheit der Arbeiterbewegung, Dezember 1945.

¹⁴⁶ Ebenda: Vorstandssitzung der SPD am 15. 12. 1945.

¹⁴⁷ Ebenda: Vorstandssitzung der SPD am 29. 12. 1945.

¹⁴⁸ Brill nannte Hoffmann vor dem Gesamtvorstand der SPD am 26. 11. 1945 den „Kandidaten der Sowjet-Militär-Administration für die Führung der Sozialdemokratischen Partei in Thüringen“; ebenda: Protokoll der Sitzung vom 26. 11. 1945.

¹⁴⁹ AsD, NL Brill 1: Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Hoffmann und den Russen am 31. 12. 1945. In Altenburg war das SPD-Mitglied Oskar Thieme am 27. 12. 1945 von der dortigen russischen Kommandantur aufgefordert worden, sich auf einer Mitgliederversammlung „innerhalb drei Tagen“ von Brill öffentlich zu distanzieren. Thieme hatte das abgelehnt. AsD, NL Brill 1: Thieme an Landesvorstand der SPD, 29. 12. 1945. Am 31. 12. 1945 antwortete Frölich vor der SMAD auf die gleiche Aufforderung: „vielleicht“. AsD, NL Brill 1.

¹⁵⁰ Ebenda: Protokoll der Vorstandssitzung der SPD vom 2. 1. 1946.

wichtigen Punkten . . . noch Unklarheiten“ und betonte, wie Brill immer, Hoffmann aber nie, „daß die Vorbereitung der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse nicht das Werk einer Provinz oder eines Landes und auch nicht das Werk einer Zone allein sein“ könne, sondern die ganz Deutschlands sein müsse¹⁵¹. Diese Forderung, die auch Grotewohl früher häufig erhoben hatte, entfiel schnell. Schon am nächsten Tag blieb sie unerwähnt.

An diesem 6. Januar hielten SPD und KPD Thüringens eine gemeinsame Vorstandssitzung in Jena ab¹⁵². Zwei Tage später schrieb die SPD ihren Mitgliedern, daß das neue Jahr den Weg „vom Chaos zur Neuordnung“ bringen und man jetzt jenen Weg fortsetzen werde, den die Genossen im April 1945 angetreten hätten, „als sie von Buchenwald nach Weimar wanderten, aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern in die verwaisten Amtsstuben der Verwaltungen des Landes, der Städte und Gemeinden“. Die Parteimitglieder wurden aufgefordert: „Legt 1946 den Grundstein zu dem großen, allumfassenden Gebäude einer unabhängigen, konsequent marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse!“¹⁵³

Die von den Sowjets geforderte Zustimmung zu den Berliner Beschlüssen vom 20./21. Dezember 1945 wurde bei der Gelegenheit noch einmal mit der KPD gemeinsam gegeben. Vorbehalte gab es dieses Mal nicht mehr: „Die Leitungen beider Parteien in Thüringen begrüßen aus ganzem Herzen die in Berlin gefaßte EntschlieÙung und sehen in ihr ein historisches Dokument für die kommende Einigung der deutschen Arbeiter in einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei. Die Leitungen machen sich die Berliner EntschlieÙung vollinhaltlich zu eigen und sind gewillt, alle Kräfte für die Verwirklichung der in der Berliner EntschlieÙung gestellten Aufgaben einzusetzen.“ Beide Parteien wollten von jetzt an gemeinsame Betriebsversammlungen veranstalten, gemeinsam die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe unterstützen, engste Zusammenarbeit im Rahmen der „Thüringen-Aktion gegen Not“ suchen, gemeinsam Eltern- und Lehrerversammlungen zur Vorbereitung einer Schulreform und gemeinsame Funktionsversammlungen und Schulungskurse durchführen. Für alle Parteimitglieder hieß es, hier schon im imperativen Stil der späteren SED: „Schafft in allen Betrieben und Orten gemeinsame Ausschüsse. Arbeitet in allen Fragen eng und kameradschaftlich zusammen. Erkennt, daß nur die Einigung der Arbeiterklasse die Existenz des deutschen Volkes retten kann. Vorwärts zur Schaffung der einheitlichen deutschen Arbeiterpartei!“¹⁵⁴

¹⁵¹ Ebenda: Resolution des Landesvorstandes der SPD Thüringens vom 5. 1. 1946. Vgl. dazu Brills Artikel „Ein wichtiger Schritt zur Einheit der Arbeiterklasse“, ebenda. Die inhaltliche Kongruenz beider Äußerungen zeigt, daß Brills Einfluß in der SPD Thüringens noch dominierte.

¹⁵² Dabei wird zum möglichen Namen der neuen Partei gesagt: „vielleicht vereinigte Arbeiterpartei Deutschlands“. AsD, NL Brill 1: Protokoll der Vorstandssitzung von SPD und KPD vom 6. 1. 1946.

¹⁵³ AsD, NL Brill 1: Rundschreiben der SPD Nr. 1, Anfang Januar 1946.

¹⁵⁴ Ebenda: Rundschreiben der SPD Nr. 2 vom 6. 1. 1946.

Im 3. Rundschreiben des neuen Jahres, am 15. Januar 1946, wurde all dies noch einmal unterstrichen und eine wesentliche Realisierung dokumentiert: mit Hoffmann und Eggerath unterschrieben zum ersten Mal SPD und KPD ein gemeinsames Rundschreiben, und zwar das von der SPD eingeführte, also das mit dem größeren Leserkreis¹⁵⁵.

Brill versuchte noch, von Berlin aus auf Ideologie und Taktik der SPD einzuwirken¹⁵⁶, aber er fand in Thüringen kein Echo mehr. Die KPD hatte es in einer beispiellosen Aktion verstanden, sein Teilziel unter ihrer Führung zu erreichen. Die Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien wurde im April 1946 in Berlin vollzogen. Die Thüringer Sozialdemokratie delegierte auf ihrer letzten Sitzung in Gotha am 6. April 1946 aus der geographischen Heimat der SPD 53 Abgeordnete nach Berlin, an der Spitze den ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten August Frölich. Brills Widersacher Hoffmann, der bei dieser Gelegenheit ein großes Bekenntnis zur Sowjetunion ablegte, kam nur auf den 14. Platz¹⁵⁷. An einen Parteifreund im Westen Deutschlands schrieb er am 17. April: „Wir haben in Thüringen das Werk vollendet, sind froh und stolz darüber.“¹⁵⁸

Blickt man auf das Ergebnis der ersten Gemeindewahlen in Thüringen nach dem Zweiten Weltkrieg, die am 8. September 1946 stattfanden, so besteht zu einem solchen Stolz kein Anlaß. Im Gegenteil: in nahezu allen Städten Thüringens erhielt die SED weniger Stimmen als bei früheren Wahlen die SPD allein, in Gera nicht einmal die Hälfte der früheren SPD-Stimmen¹⁵⁹. Ein solches Wahl-

¹⁵⁵ Ebenda: Rundschreiben der SPD Nr. 3 vom 15. 1. 1946.

¹⁵⁶ In der von Franz Neumann und Willi Urban am 15. 2. 1946 im Admiralspalast eingebrachten, von Brill aber entworfenen Entschließung hieß es u. a.: „Die Verwirklichung der sozialistischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands... Die vom Zentralausschuß der SPD in Berlin verfolgte Politik kann jedoch nicht als der geeignete Weg zu diesem Ziel angesehen werden.“ Brill hielt dem Zentralausschuß der SPD vor, die Beschlüsse des 21. 12. 1945 – u. a. „die Einsetzung einer Studienkommission, Wahlen mit getrennten Listen, Beschlußfassung durch einen Reichsparteitag“ – seien nicht durchgeführt worden; im Gegenteil: die SPD habe sich „völlig ins Schlepptau der KPD nehmen lassen“ und sich mit einer zonalen Vereinigung mit der KPD einverstanden erklärt. Brill forderte: 1) „Maßnahmen zur Einheit der Arbeiterklasse immer nur im Reichsmaßstab“, 2) „Rücktritt des Zentralausschusses und die Bildung eines Nationalrats der SPD aus Vertretern der Partei aller 5 (sic!) Besatzungszonen“, 3) die KPD einzuladen, „einen Organisationsausschuß zur Verwirklichung der sozialistischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu bilden“ unter Kontrolle der Öffentlichkeit, 4) die KPD muß mit Denunziationen gegen die SPD aufhören. „Beseitigung des überwiegenden Einflusses der Emigranten in den Organen der KPD und ihre Ersetzung durch Genossen, die mit Sozialdemokraten illegal zusammengearbeitet haben.“ Schließlich 5); die SPD muß „eine wirklich repräsentative sozialdemokratische Tageszeitung großen Stils“ haben. AsD, NL Brill 1: Entwurf.

¹⁵⁷ AsD, NL Brill 1: Auszug aus dem Protokoll der Konferenz der SPD in Gotha, 6. 4. 1946. Hoffmanns Rede bei Fuchs, S. 171.

¹⁵⁸ AsD, NL Brill 1: Hoffmann an einen Parteifreund in Hamm, 17. 4. 1946.

¹⁵⁹ BA, NL Brill 57: Brill an Dietrich, 16. 9. 1946.

ergebnis kennzeichnete nach dem Urteil Brills „eine Tragödie für die Demokratie, eine Schande für die sozialistische Arbeiterbewegung und ein Verbrechen für die Feiglinge und Verräter, die die Verantwortung für die im April mit so großem Pomp vollzogene ‚Vereinigung‘ tragen“. In dem Brief an Georg Dietrich vom September 1946, dem dieser Passus entnommen ist¹⁶⁰, schrieb Brill ferner: „In den schweren Auseinandersetzungen der Vorstandssitzungen vom Dezember 1945 habe ich mit Verweis auf die Mitgliederbewegung den Lumpen und Feiglingen um Heinrich Hoffmann herum gesagt, daß die Menschen nicht in Massen zu uns kämen, weil sie den Wunsch haben, sich schnellstens mit der KPD zu vereinigen, sondern weil sie keine Kommunisten werden wollen und daraus die Schlußfolgerung gezogen haben, daß sie der vereinigten Partei aus denselben Motiven in Massen den Rücken kehren werden. Aber Heinrich Hoffmann war der Auffassung, daß das nicht unsere Sorge zu sein braucht.“

Brills Sorge war es wohl. Es war 1945 sein Verlangen, die durch die beiden Weltkriege in seinen Augen verursachte „schöpferische Zerstörung“ „vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre zu begreifen“ und für den Aufbau eines neuen Geschichtsbewußtseins aus dem „seelischen Reservoir der Arbeiter und Bauern“ heraus zu nutzen. Nach seinen Vorstellungen konnte das Ziel nur ein „Sozialismus in der demokratischen Form seiner Erscheinung“ sein¹⁶¹. Brill glaubte durch die Geschichte bewiesen zu sehen, daß sowohl die deutschen Sozialdemokraten als auch die deutschen Kommunisten mit ihren sozialistischen Zielsetzungen gescheitert waren, die einen wegen reformistischer, die anderen wegen revolutionärer Abweichungen. Auf der anderen Seite belegten die historischen Beispiele für die Einführung einer Demokratie in Deutschland, 1848 und 1918, nach seinem Urteil ebenfalls Irrtümer politischer Methodik. In beiden Fällen hatte man geglaubt, „durch eine bloße Änderung der Verfassungsgesetze eine Veränderung des politischen Charakters des Staates herbeiführen zu können“. Preußische Re-

¹⁶⁰ Ebenda. Als Hans Brumme (KPD) Brill später den Vorwurf machte, er habe „dem schönen Thüringen den Rücken gekehrt“, antwortete Brill sehr nachdrücklich: „... wenn man die Einheit der Arbeiterklasse auf die Frage der mathematischen Mitgliedereinheit von SPD und KPD reduziert und sie dann so herbeiführen will, daß man den Landesvorsitzenden der SPD monatelang mit Verhaftung, Kriegstribunal, Deportation, Erschießen usw. bedroht und ihn dann auch noch zweimal verhaftet, dann haben Leute, die wissen, was das bedeutet, wohl allen Anlaß, bestimmte Konsequenzen zu ziehen.“ BA, NL Brill 27: Brill an Brumme, 20. 11. 1947. Ähnlich Brill an Kurt Schumacher, 4. 11. 1946; AsD, NL Brill 2. Brill gab seinen Weimarer Wohnsitz endgültig zu Pfingsten 1946 auf; BA, NL Brill 41: Brill an Friederike Mulert, 1. 9. 1953. Öffentliche Anerkennung fand Brill damals wenig. Die Stimme von Kurt Kersten in der New Yorker Neuen Volkszeitung vom 4. 9. 1948 ist ein seltener Beleg: „Was Männer wie Brill, denen keine Ruhe seit 1933 gegönnt war, die unter ständiger Lebensgefahr gegen Hitler gearbeitet haben und den Galgen dauernd vor sich sahen, dann erneut in einer unvorstellbar schweren Zeit seit dem Mai 1945 geleistet haben, wird ihnen heute von Leuten, die sich geduckt haben und würdelos wie feige mitmachten, gedankt. Schlechte Gewissen rächen sich immer schäbig und gemein, hoffärtig und böseartig.“

¹⁶¹ Vgl. Anm. 2.

aktion und nationalsozialistische Perversion hatten jedoch gezeigt, daß „keine politische Verfassung, die eine demokratische sein will, ... Aussicht auf Bestand [hat], wenn nicht gleichzeitig eine Änderung der politischen Struktur stattfindet“¹⁶².

Um diese Struktur und eine sie tragende politische Theorie ging es Brill. Das ließ sich 1945 nicht schlagartig realisieren. Wie sollte ein ohnehin eher apolitisch erzogenes Volk, das 12 Jahre ein den Menschen deformierendes diktatorisches System bejaht und enthusiastisch bestätigt hatte, so schnell umlernen? Die Struktur mußte im Laufe einer Generation – „vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre“ – eingeübt werden; jene Männer, „die unter der Diktatur anständig und vernünftig geblieben“ waren¹⁶³, hatten nach Brills Vorstellung in einer Überleitungsphase „autoritärer Demokratie“ zu führen. Nicht aus dem Exil sollte diese Erneuerung nach Deutschland hineingetragen werden; legitimiert waren in erster Linie die in Deutschland gebliebenen Widerstandskämpfer.

Hermann Brill forderte eine schnelle, harte und konsequente Katharsis des deutschen Volkes von seiner nationalsozialistischen Vergangenheit. Die allein mit den Mitteln eines Rechtsstaates durchzusetzende Reinigung sollte den symbolhaften Neubeginn setzen, in Gewerkschaften und Genossenschaften sah er die urdemokratischen Organisationsformen für die Einübung in die Struktur eines demokratischen Sozialismus, dessen Repräsentation am Ende eine neue Partei zwischen der alten SPD und der alten KPD bilden sollte. Die politische Theorie des so entstehenden „neuen Typs der Demokratie“ suchte Brill in einer Synthese aus abendländischer Bildungstradition und marxistischem Denken zu finden: „Zurück zu Marx! Zurück zu Kant! Zurück zu dem Kirchenvater Augustin und zu dem von ihm kanonisierten Aristoteles!“¹⁶⁴ Die Formulierung dieser sozialistischen, idealistischen, christlichen und antiken Denkens umfassenden Theorie ist ihm jedoch nicht mit letzter Klarheit gelungen. Seine Aussagen blieben philosophisch abstrakt¹⁶⁵. Der auch am Ende des Zweiten Weltkriegs gegebene Antago-

¹⁶² BA, NL Brill 536: „Freiheit ist die Summe der Freiheiten“, Rede zum Gedenken an den 18. 3. 1848, gehalten am 24. 2. 1948.

¹⁶³ Vgl. Text zu Anm. 38.

¹⁶⁴ BA, NL Brill 334: „Die geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts“, Rede auf der Tagung sozialistischer Schriftsteller am 25./26. 9. 1947, S. 20. Die Abkehr Brills von dem Marxismusverständnis der SPD und KPD zu Anfang des 20. Jahrhunderts unterstreicht hier seine Bemerkung: „... es muß ausgesprochen werden, daß das Meer von Blut und Tränen, das sich seit 1933 gefüllt hat, uns auch scheidet von dem marxistischen Epigonentum der Kautskyschen wie der Mehringschen Schule. Sie sind für uns Vergangenheit, lehrreiche Vergangenheit, aber eben doch Vergangenheit! Und wir sind ihre Erben, aber wir sind nicht mehr ihre Schüler.“

¹⁶⁵ In seiner Rede (vgl. Anm. 164) über „Die geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts“ hieß es ebenso abstrakt: Es „erweisen sich in der Staatengeschichte die sozialistische Demokratie und der Weltfriede am Ende des zweiten Weltkrieges als die realen geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts. Sie sind nicht mehr philosophische Spekulation, nicht mehr kategorischer Imperativ der Moral und Sittlichkeit, nicht mehr ein juristisches

nismus der beiden deutschen Arbeiterparteien, ihre schnell machtpolitisch entschiedene Auseinandersetzung, menschliche Unzulänglichkeiten hier und opportunistische Taktiken dort – dies alles verstellte 1945 jedoch ohnehin jede Möglichkeit, auf dem Wege von Buchenwald nach Weimar Markierungen eines neuen politischen Bewußtseins in Deutschland im Sinne der Denkanstöße Hermann L. Brills zu setzen.

und technisches oder ein militärisches und politisches Problem: Sie sind die einzige Möglichkeit für die Fortexistenz der menschlichen Gesellschaft. Damit sind wir in das Zentrum des geschichtlichen Bewußtseins vorgedrungen. Dieses Zentrum ist der Mensch im Mittelpunkt seiner Kultur.“